Dr. Vogt

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 27

München, den 5. Dezember

1974

Datum	Inhalt	Seite
24. 10. 1974	Bekanntmachung der Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes	739
24. 10. 1974	Bekanntmachung der Neufassung des Polizeiorganisationsgesetzes	746
7. 11. 1974	Bekanntmachung der Neufassung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes	753

Bekanntmachung der Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes Vom 24. Oktober 1974

Auf Grund des § 37 Abs. 1 Nr. 2 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht vom 24. Juli 1974 (GVBl S. 354) wird nachstehend der Wortlaut des Polizeiaufgabengesetzes in der vom 1. Januar 1975 an geltenden Fassung bekanntgemacht.

Die Neufassung ergibt sich aus den Änderungen durch

- a) Art. 33 des Forststrafgesetzes vom 9. Juli 1965 (GVBl S. 117);
- b) Art. 4 des Gesetzes zur Ausführung des Vereinsgesetzes vom 15. Dezember 1965 (GVBl S. 346);
- c) § 3 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes vom 25. Oktober 1966 (GVBl S. 323);
- d) § 3 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes vom 22. Juli 1968 (GVBl S. 243);
- e) § 2 Abs. 3 des Gesetzes zur Änderung des Kostengesetzes vom 24. Juni 1969 (GVBl S. 149);
- f) § 14 des Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht (StrBerAnpG) vom 31. Juli 1970 (GVBl S. 345, ber. S. 456) und
- g) § 5 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht.

München, den 24. Oktober 1974

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Dr. M e r k, Staatsminister

Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei in Bayern (Polizeiaufgabengesetz — PAG —) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Oktober 1974

I. Begriff und Aufgaben der Polizei

Art. 1

Polizei im Sinne dieses Gesetzes sind die im Vollzugsdienst tätigen Dienstkräfte der Polizei des Staates und der Gemeinden.

Art. 2

Die Polizei hat die Aufgabe, als Vollzugsorgan der Behörden der allgemeinen inneren Verwaltung und als Hilfsorgan anderer Verwaltungsbehörden bei der

Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von Gefahren und durch Unterbindung und Beseitigung von Störungen mitzuwirken. Im Rahmen dieser Aufgabe hat sie insbesondere die Verfassung und die Grundrechte zu schützen sowie bei Unglücksfällen und bei gemeiner Gefahr oder Not unbeschadet der Aufgaben anderer Einrichtungen die erforderliche Hilfe zu leisten. Soweit es nötig ist und nicht andere Aufgaben vordringlicher sind, soll sie auch sonst Verletzten und Hilflosen Beistand leisten und ärztliche Hilfe verschaffen.

Art. 3

Die Polizei hat ferner die Aufgaben zu erfüllen, die ihr durch andere Gesetze zugewiesen sind, insbesondere Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen.

II. Allgemeine Bestimmungen über die Befugnisse der Polizei

Art. 4

(1) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe nach Art. 2 ist die Polizei befugt, im Rahmen der geltenden Gesetze, insbesondere der folgenden Vorschriften, Maßnahmen zu treffen.

(2) Zur Erfüllung der Aufgaben, die ihr durch andere Gesetze zugewiesen sind (Art. 3), hat die Polizei die dort vorgesehenen Befugnisse. Soweit solche Gesetze Befugnisse der Polizei nicht regeln, hat sie die Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zur Erfüllung ihrer Aufgabe nach Art. 2 zustehen.

Art. 5

(1) Maßnahmen nach Abschnitt III dieses Gesetzes darf die Polizei nur treffen, wenn die dort vorgesehenen besonderen Voraussetzungen gegeben sind.

(2) Im übrigen darf die Polizei Maßnahmen gegen Personen oder Sachen gegen den Willen oder ohne den erkennbaren Willen der Person oder des für die Sache Verantwortlichen nur treffen, um

1. rechtswidrige Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit verwirklichen, oder verfassungsfeindliche Handlungen zu verhüten oder zu unterbinden,
2. durch solche Handlungen verursachte Zustände zu beseitigen,
3. Gefahren abzuwehren oder Störungen zu beseitigen, die Leben, Gesundheit oder die Freiheit von Menschen oder Sachwerte, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten erscheint, bedrohen oder verletzen.

(3) Verfassungsfeindlich im Sinne dieses Gesetzes ist eine Handlung, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder auf verfassungswidrige Weise zu stören oder zu ändern, ohne den

Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit zu verwirklichen.

Art. 6

Die Polizei darf nur die Maßnahmen treffen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind.

Art. 7

Soweit die Polizei nicht im Einzelfall auf Weisung einer zuständigen Behörde tätig wird, soll sie sich in den Fällen, in denen sie Maßnahmen gegen Personen oder Sachen treffen darf, auf unaufschiebbare Maßnahmen beschränken.

Art. 8

(1) Die Polizei hat bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unter mehreren möglichen und geeigneten Maßnahmen diejenigen zu treffen, die den einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigen.

(2) Ein durch eine Maßnahme der Polizei zu erwartender Schaden darf nicht erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg stehen.

(3) Maßnahmen sind nur zulässig, bis ihr Zweck erreicht ist oder bis sich zeigt, daß ihr Zweck nicht erreicht werden kann.

Art. 9

(1) Macht das Verhältnis oder der Zustand einer Person Maßnahmen der Polizei nach diesem Gesetz notwendig, so sind diese gegen die Person zu richten, die die Gefahr oder die Störung verursacht hat.

(2) Hat ein strafenmündiges Kind oder eine Person, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt ist, die Gefahr oder die Störung verursacht, so kann die Polizei ihre Maßnahmen auch gegen den richten, dem die Aufsicht über eine solche Person obliegt.

(3) Hat eine Person, die zu einer Verrichtung bestellt ist, in Ausführung dieser Verrichtung die Gefahr oder die Störung verursacht, so kann die Polizei ihre Maßnahmen auch gegen den richten, der die Person zu der Verrichtung bestellt hat.

Art. 10

(1) Macht das Verhalten oder der Zustand eines Tieres oder der Zustand einer anderen Sache Maßnahmen der Polizei nach diesem Gesetz notwendig, so sind diese gegen den Inhaber der tatsächlichen Gewalt zu richten.

(2) Die Polizei kann ihre Maßnahmen auch gegen den Eigentümer oder den sonst dinglich Verfügungsberechtigten richten. Dies gilt nicht, wenn der Inhaber der tatsächlichen Gewalt diese gegen den Willen des Eigentümers oder sonst dinglich Verfügungsberechtigten ausübt.

(3) Soweit auf Grund besonderer Rechtsvorschriften eine andere Person verantwortlich ist, sind die Maßnahmen in erster Linie gegen diese zu richten.

Art. 11

(1) Die Polizei hat die Gefahr oder die Störung selbst oder durch vertraglich Beauftragte zu beseitigen, wenn

1. Maßnahmen gegen eine nach den Art. 9 oder 10 verantwortliche Person nicht oder nicht rechtzeitig möglich sind,
2. die verantwortliche Person einer an sie gerichteten Aufforderung der Polizei zur Beseitigung der Gefahr oder der Störung nicht nachkommt und die Polizei die Befolgung der Aufforderung nicht erzwingen kann oder nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Art. 8) nicht erzwingen darf.

(2) Ist im Falle des Absatzes 1 Nr. 1 eine verantwortliche Person vorhanden, so hat die Polizei diese zu benachrichtigen, wenn und sobald dies möglich ist.

Art. 12

(1) Zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden erheblichen Gefahr oder zur Beseitigung einer erheblichen Störung kann die Polizei Maßnahmen auch gegen eine Person richten, die nicht nach Art. 9 oder 10 verantwortlich ist, insbesondere sie zur Hilfeleistung anhalten, wenn und soweit weder Maßnahmen gegen die verantwortliche Person noch Maßnahmen nach Art. 11 möglich, ausreichend oder zulässig sind.

(2) Maßnahmen nach Absatz 1 dürfen nicht getroffen werden, wenn die nicht verantwortliche Person dadurch selbst an Leben oder Gesundheit gefährdet oder an der Erfüllung überwiegender anderweitiger Pflichten gehindert würde.

Art. 13

(1) Erläßt die Polizei eine Anordnung, in der von einer Person ein Handeln, Dulden oder Unterlassen verlangt wird, so muß diese Anordnung inhaltlich hinreichend bestimmt sein. Es darf kein unzulässiges oder unmögliches Verhalten verlangt werden.

(2) Die Anordnung kann schriftlich, mündlich oder durch Zeichen gegeben werden.

(3) Allgemein verbindliche Anordnungen, die ein Gebot oder Verbot für eine unbestimmte Anzahl von Fällen enthalten (Verordnungen), dürfen von der Polizei nicht erlassen werden. Anordnungen, die sich in einem bestimmten Fall an eine unbestimmte Anzahl von Personen richten, sind zulässig.

III. Besondere Bestimmungen über die Befugnisse der Polizei

1. Anhaltung, Vorführung, Platzverweis, Gewahrsam

Art. 14

(1) Die Polizei kann eine Person zur Feststellung ihrer Personalien anhalten, wenn dies erforderlich ist

1. zur Ermittlung oder Aufklärung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit,
2. zur Ermittlung oder Aufklärung einer verfassungsfeindlichen Handlung,
3. zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, weil diese Person dringend verdächtig ist, geschlechtskrank zu sein und eine Geschlechtskrankheit weiter zu verbreiten,
4. zur Sicherung eines genügend glaubhaft gemachten Rechtsanspruchs einer dem Anzuhaltenden gegenüber zur Selbsthilfe berechtigten Person, wenn die sonst vorgesehene obrigkeitliche Hilfe, insbesondere die der Gerichte, nicht rechtzeitig in Anspruch genommen werden kann,
5. zur Feststellung, ob diese Person unstatet umherzieht, sofern bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sie keinen festen Wohnsitz hat,
6. zur Überprüfung von Orten, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sich dort Verurteilte oder unerlaubt aufhaltende Personen versteckt halten, treffen oder rechtswidrige Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklichen, oder verfassungsfeindliche Handlungen verabreden,
7. zur Sicherung von Flugplätzen, Luftfahrzeugen, Bahnanlagen, Versorgungsanlagen und -einrichtungen, Amtsgebäuden oder ausländischen Vertretungen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß Straftaten in oder an Objekten dieser Art begangen werden sollen,
8. zur Verhütung oder Unterbindung unerlaubter Überschreitung der Landesgrenze in dem als „Zollgrenzbezirk“ oder „Zonengrenzbezirk“ gekennzeichneten Gebiet und in Flugplatzbereichen.

(2) Die Polizei kann eine Person, die auf Grund einer Rechtsvorschrift unter bestimmten Voraussetzungen verpflichtet ist, eine amtliche Bescheinigung bei sich zu haben, anhalten, um ihre Personalien und die

Bescheinigung zu prüfen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß diese Voraussetzungen vorliegen.

(3) Die angehaltene Person kann zur Dienststelle gebracht werden, wenn die Feststellung ihrer Personalien an Ort und Stelle nicht vorgenommen werden kann oder wenn der Verdacht besteht, daß ihre Angaben unrichtig sind.

Art. 15

(1) Leistet eine Person, die auf Grund eines Gesetzes vorgeladen wird, der Vorladung nicht Folge, so kann die Polizei sie vorführen. § 81c der Strafprozeßordnung bleibt unberührt.

(2) Bei Bestimmung des Zeitpunktes der Vorführung ist auf die beruflichen Verpflichtungen und die sonstigen Lebensverhältnisse des Vorgeladenen Rücksicht zu nehmen.

Art. 16

Die Polizei kann unter den Voraussetzungen des Art. 5 Abs. 2 oder des Art. 14 Abs. 1 Nrn. 1 oder 2 jemanden vorübergehend von einem Ort verweisen oder ihm vorübergehend das Betreten eines Orts verbieten (Platzverweis). Der Platzverweis kann ferner gegen Personen angeordnet werden, die den Einsatz der Feuerwehr oder von Hilfs- oder Rettungsdiensten bei Unglücksfällen und gemeiner Gefahr oder Not behindern.

Art. 17

(1) Die Polizei kann eine Person zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben in Gewahrsam nehmen,

1. wenn die gefährdete Person sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand oder sonst in einer hilflosen Lage befindet,
2. wenn sie im Begriff ist, Selbstmord zu begehen.

(2) Die Polizei kann Kinder und Jugendliche, die sich der Obhut der Sorgeberechtigten entzogen haben oder sich an Orten aufhalten, an denen ihnen eine sittliche Gefahr oder Verwahrlosung droht, in Gewahrsam nehmen, um sie den Sorgeberechtigten oder dem Jugendamt zuzuführen.

Art. 18

Die Polizei kann eine Person ferner in Gewahrsam nehmen, wenn dies erforderlich ist, um

1. die unmittelbar bevorstehende Begehung einer rechtswidrigen Tat, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklicht, oder einer verfassungsfeindlichen Handlung durch diese Person zu verhüten,
2. eine rechtswidrige Tat, die den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit verwirklicht, oder eine verfassungsfeindliche Handlung dieser Person zu unterbinden,
3. die Ausweisung, Abschiebung, Zurückweisung oder Zurückschiebung (§ 18 Abs. 1 oder 2 des Ausländergesetzes) dieser Person zu sichern,
4. zu verhindern, daß diese Person, wenn sie
  - a) zur Verbüßung einer Freiheitsstrafe oder Jugendstrafe oder zum Vollzug der gerichtlich angeordneten Unterbringung in Sicherungsverwahrung, in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt oder
  - b) auf Grund richterlichen Haft- oder Unterbringungsbefehls
 in amtlichem Gewahrsam zu halten ist, sich diesem Gewahrsam entzieht,
5. diese Person, die sich einem unter den Voraussetzungen der Nummer 4 bestehenden amtlichen Gewahrsam entzogen hat, diesem Gewahrsam zuzuführen.

Art. 19

(1) Die Polizei hat eine Person auf schriftliches Ersuchen einer dazu gesetzlich ermächtigten Verwal-

tungsbehörde in Gewahrsam zu nehmen. Das Ersuchen muß den tatsächlichen und rechtlichen Grund der Maßnahme erkennen lassen.

(2) Die Verwaltungsbehörde, die das Ersuchen gestellt hat, ist unverzüglich von der Durchführung zu verständigen.

Art. 20

Die Polizei hat eine Person, die auf Grund der Art. 14, 15, 17 bis 19 zur Dienststelle verbracht oder in Gewahrsam genommen worden ist, zu entlassen, sobald der Grund für die Maßnahme fortgefallen ist, spätestens jedoch mit dem Ablauf des folgenden Tages, falls nicht vorher auf Grund eines Gesetzes Fortdauer der Freiheitsentziehung durch den Richter angeordnet wird.

Art. 21

(1) Die in Gewahrsam genommene Person ist, soweit möglich, von anderen gesondert und nicht in demselben Raum mit Straf- oder Untersuchungsgefangenen zu verwahren. Mit ihrer Zustimmung kann von dieser Vorschrift abgesehen werden. Männer, Frauen, Kinder und Jugendliche sind getrennt, Geisteskranke gesondert unterzubringen. Im übrigen ist § 119 Abs. 3 und 4 der Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden.

(2) Die in Gewahrsam genommene Person ist unverzüglich über den Grund der Maßnahme und die ihr zustehenden Rechtsmittel zu belehren. Zu der Belehrung gehört der Hinweis, daß eine etwaige Aussage freiwillig erfolgt.

Art. 22

Der zur Dienststelle verbrachten oder in Gewahrsam genommenen Person ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, einen Angehörigen oder eine Person ihres Vertrauens zu benachrichtigen. Die Polizei hat die Benachrichtigung zu übernehmen, wenn eine in Gewahrsam genommene Person von ihrem Recht nach Satz 1 keinen Gebrauch macht oder ein Kind oder Jugendlicher in Gewahrsam genommen ist. Durch die Benachrichtigung darf der Zweck des Gewahrsams nicht gefährdet werden.

2. Sicherstellung von Gegenständen

Art. 23

(1) Die Polizei kann Gegenstände sicherstellen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist,

1. daß die Gegenstände zur Begehung einer rechtswidrigen Tat, die den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit verwirklicht, verwendet werden oder verwendet werden sollen,
2. daß die Gegenstände zur Begehung einer verfassungsfeindlichen Handlung verwendet werden oder verwendet werden sollen,
3. daß der Gebrauch, die Verwertung oder die Belassung der Gegenstände an ihrem Ort zu einer Schädigung des Lebens oder einer wesentlichen Beeinträchtigung der Gesundheit von Menschen führen würde,
4. daß der Gebrauch, die Verwertung oder die Belassung der Gegenstände an ihrem Ort zur Schädigung oder Vernichtung von Eigentum führen würde, dessen Erhaltung im öffentlichen Interesse liegt,
5. daß die Gegenstände dem Berechtigten durch eine rechtswidrige Tat, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklicht, entzogen worden sind, zur Sicherung der Rechtsansprüche des Berechtigten.

(2) Die Polizei kann ferner Gegenstände sicherstellen, die zur Begehung einer verfassungsfeindlichen Handlung verwendet worden sind oder als Beweismittel für eine solche Handlung von Bedeutung sein können.

(3) Die Polizei kann weiterhin Gegenstände sicherstellen, wenn sie von einer Person mitgeführt wer-

den, die auf Grund der Art. 17 mit 19 dieses Gesetzes in Gewahrsam genommen oder auf Grund eines anderen Gesetzes vorläufig festgenommen wird, sofern die Gegenstände zur Begehung einer rechtswidrigen Tat, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklicht, oder einer verfassungsfeindlichen Handlung oder zur Schädigung von Leben oder Gesundheit verwendet werden können.

(4) In den Fällen der Absätze 1 und 2 wird die Sicherstellung nicht dadurch ausgeschlossen, daß bei ihrer Durchführung die sicherzustellenden oder andere Gegenstände beschädigt oder zerstört werden.

Art. 24

(1) Zur Sicherstellung gemäß Art. 23 kann die Polizei die Herausgabe der Gegenstände von der Person verlangen, in deren Gewahrsam sie sich befinden. Wird die Herausgabe verweigert, so kann die Polizei die Gegenstände zwangsweise wegnehmen (Beschlagnahme).

(2) Ist ein Gegenstand auf Grund der §§ 94, 98 Abs. 1 der Strafprozeßordnung durch die Polizei in Beschlag genommen worden und versagt der Richter die Bestätigung gemäß § 98 Abs. 2 der Strafprozeßordnung oder sieht er in dem Urteil von der Einziehung ab, so kann die Polizei den Gegenstand nach diesem Gesetz nur in Beschlag nehmen oder behalten, wenn

- a) nicht von der richterlichen Entscheidung abgewichen wird, soweit sich diese auf die der richterlichen Würdigung unterliegende Feststellung des Sachverhalts und die Strafbarkeit der Handlung bezieht oder
- b) ein neuer Sachverhalt gegeben ist.

Art. 25

(1) Befindet sich ein Gegenstand im Gewahrsam einer Person, so ist die Sicherstellung dieser gegenüber zu erklären und eine Bescheinigung zu erteilen, die den Grund der Maßnahme erkennen läßt und die sichergestellten Gegenstände bezeichnet.

(2) Im Falle der Beschlagnahme muß die Bescheinigung eine Belehrung über die zulässigen Rechtsbehelfe enthalten.

(3) Kann nach den Umständen des Falles eine Bescheinigung nicht erteilt werden, so ist eine amtliche Niederschrift aufzunehmen, die auch erkennen läßt, warum die Erteilung der Bescheinigung unterblieben ist.

Art. 26

Gegenstände, die gemäß Art. 23 sichergestellt werden, sind amtlich zu verwahren. Falls die Beschaffenheit der Gegenstände dies nicht zuläßt oder die amtliche Verwahrung unzumutbar erscheint, ist die Sicherstellung auf andere geeignete Weise zu gewährleisten.

Art. 27

Wird ein sichergestellter Gegenstand amtlich oder durch einen Dritten im amtlichen Auftrag verwahrt, so hat die Polizei das Erforderliche zu veranlassen, um Wertminderungen vorzubeugen, es sei denn, daß der Dritte auf Verlangen eines Berechtigten mit der Verwahrung beauftragt worden ist.

Art. 28

(1) Erfordert der polizeiliche Zweck die weitere Sicherstellung nicht mehr, so sind die Gegenstände an den herauszugeben, bei dem sie sichergestellt worden sind.

(2) Ist die Herausgabe der Gegenstände an den, bei dem sie sichergestellt worden sind, ohne Gefährdung des polizeilichen Zweckes nicht möglich, so können sie an einen anderen Berechtigten herausgegeben werden, wenn der polizeiliche Zweck dies zuläßt.

(3) Ist der Berechtigte nicht bereit, die Gegenstände abzuholen, so kann ihm schriftlich angekündigt wer-

den, daß die Gegenstände verwertet oder, sofern sie wertlos sind, vernichtet werden, wenn sie nicht binnen angemessener Frist abgeholt werden. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist ist die Verwertung oder Vernichtung der Gegenstände zulässig.

(4) Die Vorschrift des § 983 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleibt unberührt.

Art. 29

(1) Erfordert der polizeiliche Zweck die weitere Sicherstellung von Gegenständen, so ist die Verwertung zulässig,

1. wenn der Verderb der Gegenstände oder eine wesentliche Minderung ihres Wertes droht,
2. wenn die Aufbewahrung, Pflege oder Erhaltung der Gegenstände mit unverhältnismäßig großen Kosten oder Schwierigkeiten verbunden ist,
3. wenn die Gegenstände infolge ihrer Beschaffenheit nicht so verwahrt werden können, daß weitere Gefahren ausgeschlossen sind,
4. nach einer Frist von zwei Jahren.

(2) Die Verwertung wird durch die Kreisverwaltungsbehörde angeordnet. Die Anordnung kann durch die Polizeidienststelle getroffen werden, welche die Sicherstellung angeordnet hat oder welcher der beteiligte Polizeibeamte angehört, wenn der Gegenstand so rasch zu verderben droht oder die von ihm ausgehende Gefahr so dringend ist, daß die Entscheidung der Kreisverwaltungsbehörde nicht abgewartet werden kann.

(3) Eine Person, der ein Recht an dem Gegenstand zusteht, soll vor der Verwertung gehört werden. Die Anordnung sowie Zeit und Ort der Verwertung sind ihr, soweit tunlich, mitzuteilen.

(4) Die Verwertung wird nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Verwertung einer gepfändeten Sache durchgeführt. An die Stelle des Vollstreckungsgerichts tritt die Kreisverwaltungsbehörde. Sie kann eine Anordnung nach § 825 der Zivilprozeßordnung auf Antrag eines Berechtigten nach Absatz 3 oder von Amts wegen gleichzeitig mit der Verwertungsanordnung oder nachträglich treffen. In den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 bestimmt die Polizeidienststelle die Art und Weise der Verwertung.

(5) Ein Erlös aus der Verwertung tritt an die Stelle der Gegenstände.

Art. 30

Sichergestellte Gegenstände dürfen unbrauchbar gemacht oder vernichtet werden, wenn bei ihnen auch nach der Verwertung die Voraussetzungen für die Sicherstellung fortbestehen würden. Art. 29 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

3. Tötung von Tieren

Art. 31

(1) Die Polizei kann in unaufschiebbaren Fällen ein Tier ohne vorherige Sicherstellung töten, wenn von dem Tier eine unmittelbare Gefahr für das menschliche Leben ausgeht und die Gefahr nicht auf andere Weise abgewehrt werden kann.

(2) Das gleiche gilt unter den Voraussetzungen des Art. 5 Abs. 2 Nr. 3, es sei denn, daß der durch die Tötung des Tieres entstehende Schaden außer Verhältnis zu einem drohenden Sachschaden steht.

4. Durchsuchung von Personen und Sachen, Betreten von Wohnungen

Art. 32

(1) Die Polizei kann eine Person durchsuchen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß dabei Gegenstände aufgefunden werden, die der Sicherstellung nach Art. 23 unterliegen. Dies gilt nicht für Gegenstände, die zur Begehung einer

rechtswidrigen Tat verwendet werden sollen, die den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit verwirklicht.

(2) Die Polizei kann eine Person, die sie auf Grund dieses Gesetzes oder anderer Rechtsvorschriften in Gewahrsam nimmt, nach Waffen oder Ausbruchswerkzeugen durchsuchen.

(3) Die Polizei kann ferner eine Person durchsuchen, wenn diese sich in bewußtlosem oder erkennbar in einem anderen die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand befindet und die Durchsuchung zur Feststellung der Personalien erforderlich ist oder wenn die Person in den Fällen des Art. 14 Abs. 1 Nr. 8 angehalten wird.

(4) Weibliche Personen dürfen nur durch weibliche Angehörige der Polizei oder im Auftrag der Polizei durch sonstige geeignete weibliche Personen oder durch Ärzte durchsucht werden.

Art. 33

(1) Die Polizei kann bewegliche Sachen durchsuchen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß dabei Gegenstände aufgefunden werden, die der Sicherstellung nach Art. 23 unterliegen, oder daß sich darin eine Person verborgen hält, die nach Art. 17, 18 oder 19 oder nach anderen Rechtsvorschriften in Gewahrsam genommen werden kann. Die Polizei kann ferner in den Fällen des Art. 32 Abs. 2 und 3 bewegliche Sachen durchsuchen. Art. 32 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Wohnungen, Geschäftsräume und befriedetes Besitztum kann die Polizei nur bei Gefahr im Verzuge durchsuchen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß dabei Gegenstände gefunden werden, die der Sicherstellung nach Art. 23 unterliegen, oder daß darin eine Person verborgen ist, die nach Art. 17, 18 oder 19 oder nach anderen Rechtsvorschriften in Gewahrsam genommen werden kann. Art. 32 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 34

Die Polizei kann Personen und Sachen in Objekten im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Nr. 7 durchsuchen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß Straftaten in oder an Objekten dieser Art begangen werden sollen.

Art. 35

(1) Bei der Durchsuchung von beweglichen Sachen sowie von Wohnungen, Geschäftsräumen und befriedetem Besitztum darf der Inhaber anwesend sein. Er soll auf dieses Recht hingewiesen werden. Ist der Inhaber abwesend, so ist, wenn möglich, sein Vertreter oder ein erwachsener Angehöriger, Hausgenosse oder Nachbar zuzuziehen, es sei denn, daß Gefahr im Verzug besteht. Dem Inhaber oder der zugezogenen Person ist der Grund der Durchsuchung vor deren Beginn bekanntzugeben, soweit dadurch der Zweck der Maßnahme nicht gefährdet wird.

(2) Dem Inhaber ist nach der Beendigung der Durchsuchung auf Verlangen eine schriftliche Mitteilung zu machen, die den Grund der Durchsuchung bezeichnet. Würde die Mitteilung den Zweck der Durchsuchung gefährden, so sind lediglich die Vornahme der Durchsuchung unter Angabe der für die Durchführung verantwortlichen Polizeidienststelle sowie Zeit und Ort der Durchsuchung schriftlich zu bestätigen.

Art. 36

Die Durchsicht der Papiere des von der Durchsuchung Betroffenen ist nur zulässig, soweit der Inhaber sie genehmigt oder die Durchsicht zur Feststellung der Personalien erforderlich ist. Andernfalls sind die Papiere in Beschlag zu nehmen und in verschlossenem und versiegeltem Umschlag der Kreisverwaltungsbehörde vorzulegen, der die Durchsicht obliegt. § 110 Abs. 3 Strafprozeßordnung gilt entsprechend.

Art. 37

(1) Abgesehen von den in Art. 33 sowie in anderen Gesetzen geregelten Fällen darf die Polizei Wohnungen, Geschäftsräume und befriedetes Besitztum nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr sowie in anderen Fällen des Art. 5 Abs. 2, bei denen Gefahr im Verzug besteht, betreten.

(2) Unter den Voraussetzungen des Art. 5 Abs. 2 kann die Polizei jederzeit betreten

1. Orte, soweit sie jedermann zugänglich sind,

2. sonstige Orte, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß dort Verurteilte oder sich unerlaubt aufhaltende Personen sich versteckt halten, sich treffen oder rechtswidrige Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklichen, oder verfassungsfeindliche Handlungen verabreden.

5. Anwendung unmittelbaren Zwangs

Art. 38

(1) Unmittelbarer Zwang im Sinne dieses Gesetzes ist die Einwirkung auf Personen oder Sachen durch körperliche Gewalt, deren Hilfsmittel und durch Waffen.

(2) Körperliche Gewalt ist jede unmittelbare körperliche Einwirkung auf Personen oder Sachen.

(3) Hilfsmittel der körperlichen Gewalt sind insbesondere Fesseln, Wasserwerfer, technische Sperren, Diensthunde, Dienstpferde und Dienstfahrzeuge.

(4) Waffen sind die dienstlich zugelassenen Hieb- und Schußwaffen sowie Reizstoffe.

Art. 39

(1) Die Polizei kann unmittelbaren Zwang gegen Personen oder Sachen nur anwenden, wenn der Zweck einer Maßnahme der Polizei es erfordert und auf andere Weise nicht erreicht werden kann.

(2) Unmittelbarer Zwang soll, wenn die Umstände es zulassen, unmittelbar vorher angedroht werden.

(3) Andere Rechtsvorschriften, welche die Ausübung unmittelbaren Zwangs regeln, bleiben unberührt.

Art. 40

(1) Der Polizeibeamte darf die Weisung seines Vorgesetzten oder eines sonst dazu Befugten, unmittelbaren Zwang anzuwenden, nicht befolgen, wenn er dadurch eine Straftat begehen würde. Befolgt er die Weisung, so trifft ihn eine Schuld nur, wenn er erkennt oder wenn es nach den ihm bekannten Umständen offensichtlich ist, daß er dadurch eine Straftat begeht.

(2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Weisung hat der Polizeibeamte dem Anordnenden gegenüber vorzubringen, wenn das nach den Umständen möglich ist.

(3) Art. 65 Abs. 2 und 3 des Bayerischen Beamtengesetzes ist in den Fällen der Absätze 1 und 2 nicht anzuwenden.

Art. 41

(1) Wer im Gewahrsam der Polizei ist, darf nur gefesselt werden, wenn

1. die Gefahr besteht, daß er Polizeibeamte oder Dritte angreift, oder wenn er Widerstand leistet;

2. er zu fliehen versucht oder wenn bei Würdigung aller Tatsachen, besonders der persönlichen Verhältnisse und der Umstände, die einer Flucht entgegenstehen, zu befürchten ist, daß er sich aus dem Gewahrsam befreien wird oder

3. Selbstmordgefahr besteht.

(2) § 119 Abs. 5 Satz 1 der Strafprozeßordnung bleibt unberührt.

Art. 42

(1) Schußwaffen dürfen gegen einzelne Personen nur gebraucht werden,

1. um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer rechtswidrigen Tat zu verhüten oder zu unterbinden, die sich den Umständen nach
  - a) als ein Verbrechen oder
  - b) als ein Vergehen, das unter Anwendung oder Mitführung von Schusswaffen oder Sprengstoffen begangen werden soll oder ausgeführt wird, darstellt;
2. um eine Person, die sich der Festnahme oder der Feststellung ihrer Person durch die Flucht zu entziehen versucht, anzuhalten, wenn sie
  - a) bei einer rechtswidrigen Tat auf frischer Tat betroffen wird, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt oder als ein Vergehen, das unter Anwendung oder Mitführung von Schusswaffen oder Sprengstoffen begangen wird,
  - b) eines Verbrechens dringend verdächtig ist oder
  - c) eines Vergehens dringend verdächtig ist und Anhaltspunkte befürchten lassen, daß sie von einer Schusswaffe oder einem Sprengstoff Gebrauch machen werde;
3. zur Vereitelung der Flucht oder zur Wiederergreifung einer Person, die sich in amtlichem Gewahrsam befindet oder befand
  - a) zur Verbüßung einer Freiheitsstrafe mit Ausnahme des Strafarrests,
  - b) zum Vollzug der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung,
  - c) auf Grund richterlichen Haftbefehls,
  - d) wegen des dringenden Verdachts eines Verbrechens oder
  - e) wegen des dringenden Verdachts eines Vergehens, wenn zu befürchten ist, daß sie von einer Schusswaffe oder einem Sprengstoff Gebrauch machen werde;
4. gegen eine Person, die mit Gewalt einen Gefangenen oder jemanden, dessen Unterbringung in
  - a) der Sicherungsverwahrung (§ 66 des Strafgesetzbuches),
  - b) einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 des Strafgesetzbuches, § 126 a der Strafprozeßordnung) oder
  - c) einer Entziehungsanstalt (§ 64 des Strafgesetzbuches, § 126 a der Strafprozeßordnung) angeordnet ist, aus dem amtlichen Gewahrsam zu befreien versucht.

(2) Schusswaffen dürfen gegen eine Menschenmenge nur dann gebraucht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen und Zwangsmaßnahmen gegen einzelne nicht zum Ziele führen oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen.

(3) Polizeibeamte, die mit der Überwachung und dem polizeilichen Schutz der Landesgrenzen beauftragt sind, dürfen in dem als „Zollgrenzbezirk“ oder „Zonengrenzbezirk“ gekennzeichneten Gebiet Schusswaffen auch gegen jemanden anwenden, der sich der wiederholten Weisung, zu halten oder die Überprüfung seiner Person oder der etwa mitgeführten Beförderungsmittel und Gegenstände zu dulden, durch die Flucht zu entziehen versucht. Ist anzunehmen, daß die mündliche Weisung nicht verstanden wird, so kann sie durch einen Warnschuß ersetzt werden.

(4) Das Recht zum Gebrauch von Schusswaffen auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften bleibt unberührt.

Art. 43

(1) Schusswaffen dürfen nur dann gebraucht werden, wenn andere Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs erfolglos angewendet worden sind oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen. Gegen Per-

sonen ist ihr Gebrauch nur zulässig, wenn der Zweck nicht durch Waffenwirkung gegen Sachen erreicht wird.

(2) Der Zweck des Schusswaffengebrauchs darf nur sein, angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Es ist verboten zu schießen, wenn durch den Schusswaffengebrauch für die Polizei erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden, außer wenn es sich beim Einschreiten gegen eine Menschenmenge (Art. 42 Abs. 2) nicht vermeiden läßt.

(3) Gegen Personen, die dem äußeren Eindruck nach noch nicht 14 Jahre alt sind, dürfen Schusswaffen nicht gebraucht werden.

Art. 44

(1) Die Anwendung von Schusswaffen ist außer in den Fällen der Notwehr und des Notstandes anzudrohen. Als Androhung gilt auch die Abgabe eines Warnschusses. Einer Menschenmenge gegenüber ist die Androhung zu wiederholen.

(2) Der Einsatz von Wasserwerfern, Dienstfahrzeugen und Dienstpferden gegen eine Menschenmenge ist, wenn es die Umstände zulassen, anzudrohen.

Art. 45

Unterstellt die Bundesregierung die Polizei nach Art. 91 Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ihren Weisungen, so gilt das Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vom 10. März 1961 (BGBl I S. 165) auch für die unterstellten Polizeikräfte.

IV. Rechtsbehelfe

Art. 46

Für Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Polizei gelten die Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung, soweit diese Maßnahmen Verwaltungsakte sind und eine Zuständigkeit nach § 23 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz nicht gegeben ist.

Art. 47

(1) Wird gegen eine Maßnahme der Polizei Widerspruch eingelegt, so hat zunächst die Polizei Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Maßnahme im Rahmen des § 72 der Verwaltungsgerichtsordnung zu prüfen.

(2) Über den Widerspruch gegen Maßnahmen der Gemeindepolizei entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde. Sie ist in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit beschränkt.

(3) Über den Widerspruch gegen Maßnahmen solcher Dienststellen der staatlichen Polizei, die dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet sind, entscheiden diese Dienststellen.

(4) Über den Widerspruch gegen Maßnahmen der übrigen Dienststellen der staatlichen Polizei entscheidet als nächsthöhere Behörde

1. die Regierung, wenn die Maßnahme in ihrem Bereich in einer kreisfreien Stadt,
2. die Regierung, in deren Bereich die Dienststelle liegt, wenn die Maßnahme außerhalb Bayerns,
3. im übrigen das Landratsamt, wenn die Maßnahme in seinem Bereich getroffen worden ist.

(5) Maßnahmen der entsandten Polizeidienstkräfte gelten in den Fällen des Art. 9 des Polizeiorganisationsgesetzes als Maßnahmen der zuständigen Staatsbehörde, in den Fällen der Art. 14 und 15 des Polizeiorganisationsgesetzes der Behörde, deren Weisungen sie für die Dauer der Maßnahme unterstehen. Im Fall des Art. 45 des Polizeiorganisationsgesetzes gelten Maßnahmen der zur Hilfeleistung eingesetzten Polizeidienstkräfte als Maßnahmen der Dienststelle, wel-

cher der mit der Leitung des Einsatzes beauftragte Polizeibeamte angehört.

Art. 48

(1) Über Aufsichtsbeschwerden gegen Maßnahmen von Dienststellen der staatlichen Polizei, die dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet sind, entscheidet das Staatsministerium des Innern.

(2) Über Aufsichtsbeschwerden gegen Maßnahmen anderer Dienststellen der staatlichen Polizei entscheidet die vorgesetzte Direktion. Über Aufsichtsbeschwerden gegen Maßnahmen der Gemeindepolizei entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde der Gemeinde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Maßnahmen der Polizei, die diese als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft getroffen hat.

V. Entschädigungs-, Erstattungs- und Ersatzansprüche

Art. 49

(1) Erleidet jemand, gegen den Maßnahmen nach Art. 12 getroffen worden sind, einen Schaden, so ist dem Geschädigten dafür Entschädigung zu leisten, soweit der Schaden durch die polizeiliche Maßnahme entstanden ist und der Geschädigte nicht von einem anderen Ersatz zu erlangen vermag.

(2) Das gleiche gilt, wenn jemand, der nicht nach den Art. 9 oder 10 verantwortlich ist und gegen den nicht Maßnahmen nach Art. 12 gerichtet worden sind, durch eine polizeiliche Maßnahme getötet oder verletzt wird oder einen nicht zumutbaren sonstigen Schaden erleidet.

(3) Im Falle der Tötung ist den Unterhaltsberechtigten in entsprechender Anwendung von § 844 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Entschädigung zu leisten.

Art. 50

(1) Ein Entschädigungsanspruch nach diesem Gesetz besteht nicht, soweit die Maßnahme auch unmittelbar dem Schutz der Person oder des Vermögens des Geschädigten gedient hat.

(2) Ist die Entschädigungspflicht aus Anlaß von Maßnahmen der Polizei in besonderen gesetzlichen Vorschriften geregelt, so gelten diese Vorschriften.

Art. 51

(1) Entschädigungspflichtig ist der Träger der Polizei, welche die zur Entschädigung verpflichtende Maßnahme getroffen hat.

(2) Bei einem Einsatz der Polizei im Fall des Art. 45 des Polizeiorganisationsgesetzes trifft die Entschädigungspflicht den Staat.

Art. 52

(1) Entschädigung nach Art. 49 wird nur für Vermögensschäden gewährt. Dabei sind Vermögensvorteile, die dem Berechtigten aus der zur Entschädigung verpflichtenden Maßnahme entstehen, sowie ein mitwirkendes Verschulden des Berechtigten zu berücksichtigen.

(2) Die Entschädigung wird in Geld gewährt.

Art. 53

(1) Ist die Polizei auf Ersuchen einer anderen Polizeidienststelle oder einer Behörde tätig geworden, so ist die Körperschaft, der die ersuchende Polizeidienststelle oder Behörde angehört, dem nach Art. 51 Abs. 1 entschädigungspflichtigen Polizeiträger erstattungspflichtig. Dies gilt nicht für Anordnungen der zuständigen Staatsbehörden gegenüber Gemeinden im Rahmen der Rechts- oder Fachaufsicht.

(2) Ist staatliche Polizei nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen auf Anordnung der zuständigen Staatsbehörde im Bereich einer Gemeinde mit

eigener Polizei tätig geworden, so ist die Gemeinde dem Staat erstattungspflichtig, sofern die Anordnung auf Grund eines Verschuldens der Gemeinde notwendig geworden ist.

(3) Ist die Polizei außer in den Fällen der Absätze 1 und 2 außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs tätig geworden, weil die örtlich zuständige Polizei nicht oder nicht in ausreichender Stärke rechtzeitig herbeigeht werden konnte, so ist der Träger der zuständigen Polizei dem nach Art. 51 Abs. 1 entschädigungspflichtigen Polizeiträger erstattungspflichtig.

(4) Die Erstattungspflicht nach den Absätzen 1 bis 3 entfällt, soweit der Schaden durch ein Verschulden der Polizei bei der Durchführung der Maßnahme entstanden ist.

(5) Soweit bei einem Einsatz der Polizei im Fall des Art. 45 des Polizeiorganisationsgesetzes der Schaden durch ein Verschulden von Angehörigen einer Gemeindepolizei bei der Durchführung der Maßnahme entstanden ist, ist die Gemeinde dem Staat erstattungspflichtig.

Art. 54

Die erstattungspflichtige Körperschaft hat dem entschädigungspflichtigen Polizeiträger die auf Grund der Art. 49 bis 52 geleisteten notwendigen Aufwendungen zu erstatten.

Art. 55

(1) Hat der nach Art. 51 entschädigungspflichtige Polizeiträger keinen Erstattungsanspruch nach Art. 53, so kann er von der nach Art. 9 oder 10 verantwortlichen Person Ersatz der notwendigen Aufwendungen verlangen.

(2) Hat die nach Art. 53 erstattungspflichtige Körperschaft ihre Verpflichtung erfüllt, so kann sie von der nach Art. 9 oder 10 verantwortlichen Person Ersatz der notwendigen Aufwendungen verlangen.

Art. 56

(1) Über die Entschädigungsansprüche nach Art. 49 bis 52 entscheiden im Streitfall die ordentlichen Gerichte.

(2) Über die Erstattungsansprüche nach Art. 53 und die Ersatzansprüche nach Art. 55 entscheiden im Streitfall die Verwaltungsgerichte.

VI. Schlußbestimmungen

Art. 57

(1) Personen, denen die Befugnisse von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft zuerkannt sind, haben zur Erfüllung ihrer besonderen Dienstaufgaben die Rechte und Pflichten von Polizeibeamten.

(2) Die Befugnisse nach diesem Gesetz haben zur Erfüllung ihrer besonderen Dienstaufgaben auch die Personen, denen durch Gesetz die Rechte von Polizeibeamten zuerkannt sind.

Art. 58

(1) Werden in den Fällen des Art. 35 Abs. 2 oder 3 und des Art. 91 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland Dienstkräfte der Polizei eines anderen Bundeslandes oder Dienstkräfte des Bundes, die mit Aufgaben im Sinn dieses Gesetzes betraut sind, in Bayern tätig, so haben sie die Befugnisse, die der Polizei nach diesem Gesetz zustehen, soweit durch Bundesgesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Das gleiche gilt, wenn Dienstkräfte im Sinn des Absatzes 1 auf Grund des Gesetzes über die Organisation der Polizei in Bayern tätig werden.

Art. 59

(1) Das Staatsministerium des Innern kann in besonderen Fällen die Wahrnehmung von Aufgaben des ständigen polizeilichen Vollzugsdienstes in bestimmten Abschnitten des Grenzbereiches durch Vereinbarung Dienstkräften der Polizei eines anderen

Bundeslandes oder Dienstkräften des Bundes, die mit Aufgaben im Sinn dieses Gesetzes betraut sind, einräumen. In diesem Fall haben diese Dienstkräfte in Bayern die Befugnisse, die der Polizei nach diesem Gesetz zustehen, soweit durch Bundesgesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Soll sich eine Regelung nach Absatz 1 auf den Bereich einer Gemeinde mit eigener Polizei erstrecken, so ist vorher das Einvernehmen mit der Gemeinde herzustellen.

Art. 60

(1) Soweit in Vorschriften des Bundes und anderer Länder nichts anderes bestimmt ist, gilt in den Fällen der Art. 58 und 59 als nächsthöhere Behörde im Sinne des § 73 Abs. 1 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung die Behörde, die den nichtbayerischen Dienstkräften in Bayern Weisungen erteilen kann. Sind mehrere Behörden dazu befugt, gilt die unterste dieser Behörden als nächsthöhere Behörde.

(2) In den Fällen der Art. 58 Abs. 2 und Art. 59 trifft die Entschädigungspflicht den Träger der Polizei, an deren Stelle die zur Entschädigung verpflichtende Maßnahme getroffen worden ist.

Art. 61

Auf Grund dieses Gesetzes können das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Freiheit der Person, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Eigentum eingeschränkt werden (Art. 2 Abs. 2, Art. 5, Art. 8 Abs. 2, Art. 13 und 14 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 102, 103, 106, 110 und 113 der Verfassung des Freistaates Bayern).

Art. 62

Aufgaben und Befugnisse, die in bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften den „Polizeibehörden“ übertragen sind, werden nur dann von der Polizei wahrgenommen, wenn das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit den sachlich beteiligten Staatsministerien es durch Verordnung bestimmt. Im übrigen sind die Behörden der allgemeinen inneren Verwaltung zuständig, soweit nicht andere Gesetze eine besondere Regelung treffen.

Art. 63

Die Staatsregierung erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen. Die Staatsregierung bestimmt durch Rechtsverordnung, welche Waffen im Sinne des Art. 38 zugelassen sind.

Art. 64

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt alles entgegenstehende oder gleichlautende bayerische Recht außer Kraft. Insbesondere werden außer Kraft gesetzt:

1. Art. 102 Abs. 2 bis 5 des Gesetzes zur Ausführung der Reichsstrafprozeßordnung vom 18. August 1879 (GVBl S. 781),
2. das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch die Polizei vom 22. November 1950 (GVBl S. 239),
3. das Gesetz über gebührenpflichtige Verwarnungen durch die Polizei vom 7. März 1952 (GVBl S. 99).

(2) Soweit in anderen Rechtsvorschriften auf Bestimmungen Bezug genommen wird, die in Absatz 1 aufgehoben werden, treten an die Stelle der aufgehobenen Bestimmungen die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes.

Art. 65

Dieses Gesetz tritt am 1. Dezember 1954 in Kraft.*)

*) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 16. Oktober 1954 (BayBS I S. 442). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

Bekanntmachung der Neufassung des Polizeiorganisations- gesetzes

Vom 24. Oktober 1974

Auf Grund des § 37 Abs. 1 Nr. 3 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht vom 24. Juli 1974 (GVBl S. 354) wird nachstehend der Wortlaut des Polizeiorganisationsgesetzes in der vom 1. Januar 1975 an geltenden Fassung bekanntgemacht.

Die Neufassung ergibt sich aus den Änderungen durch

- a) § 6 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht,
- b) Art. 26 Abs. 2 des Bayerischen Beamtenfachhochschulgesetzes vom 8. August 1974 (GVBl S. 387).

München, den 24. Oktober 1974

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Dr. Merk, Staatsminister

Gesetz über die Organisation der Polizei in Bayern (Polizeiorganisationsgesetz — POG —) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Oktober 1974

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

(1) Träger der Polizei sind der Staat und die Gemeinden nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes.

(2) Die Dienststellen und Dienstkräfte der Polizei des Staates und der Gemeinden sind zu gegenseitiger Amtshilfe verpflichtet.

Art. 2

(1) Aufgaben des Staates, deren Wahrnehmung der Polizei nach Maßgabe des Gesetzes obliegt, sind insbesondere:

1. die Verhütung, Unterbindung und polizeiliche Verfolgung rechtswidriger Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit verwirklichen, die Verhütung jedoch nur, soweit es sich nicht um Zuwiderhandlungen gegen Ortsrecht handelt;
2. die Verhütung und Unterbindung verfassungsfeindlicher Handlungen im Sinne des Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei in Bayern;
3. die Durchführung der polizeilichen Maßnahmen im Rahmen der zivilen Verteidigung;
4. die Durchführung der polizeilichen Maßnahmen im Rahmen des Schubwesens einschließlich der Abschiebung von Ausländern;
5. die polizeiliche Regelung und Überwachung des überörtlichen Verkehrs auf den Binnengewässern einschließlich der Gewässer in den Häfen;
6. die Überwachung und der polizeiliche Schutz der Landesgrenzen;
7. die Überwachung des Personenverkehrs auf Flugplätzen.

(2) Die Gemeindepolizei handelt im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde, wenn sie zur Verhütung von Zuwiderhandlungen gegen Ortsrecht oder für öffentliche, im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde liegende Verwaltungsaufgaben nach Art. 8 Abs. 2 tätig wird. Im übrigen handelt die Gemeindepolizei im übertragenen Wirkungsbereich.

(3) Die Landratsämter, die Regierungen sowie das Staatsministerium des Innern können unbeschadet anderweitiger gesetzlicher Vorschriften, insbesondere der Strafprozeßordnung, der staatlichen Polizei für die Durchführung der in Absatz 1 bezeichneten Aufgaben Weisungen erteilen. Stehen Weisungen dieser Behörden nicht entgegen, so können auch die Großen Kreisstädte, soweit sie Kreisverwaltungsbehörden sind, und die kreisfreien Gemeinden, in denen die staatlichen polizeilichen Aufgaben staatlicher Polizei obliegen, der staatlichen Polizei für die Durchführung der in Absatz 1 Nrn. 1 bis 3 bezeichneten Aufgaben und für den polizeilichen Vollzug gemeindlicher Verwaltungsaufgaben des übertragenen Wirkungskreises (Art. 8 Abs. 2) Weisungen erteilen.

Art. 3

(1) Als Dienstkräfte des polizeilichen Vollzugsdienstes dürfen nur Beamte verwendet werden.

(2) Zur Verwarnung von Verkehrsteilnehmern nach § 57 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, die die Vorschriften des Straßenverkehrsrechts über

- a) das Halten oder Parken,
  - b) die Untersuchung von Fahrzeugen nach § 29 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung oder
  - c) das Führen amtlicher Kennzeichen, von Schildern und Plaketten an Fahrzeugen
- nicht beachten, können auch Angestellte ermächtigt werden.

(3) Als Dienstkräfte des ständigen polizeilichen Vollzugsdienstes (Einzeldienst) sind in der Regel Beamte der Bereitschaftspolizei einzustellen, die ihre Ausbildung in der Bereitschaftspolizei ordnungsgemäß beendet haben und zur Verwendung im Einzeldienst geeignet sind. Im übrigen dürfen Bewerber nur eingestellt werden, wenn solche Beamte der Bereitschaftspolizei nicht vorhanden sind. Unberührt bleibt die Übernahme von Beamten und früheren Beamten, die eine Anstellungsprüfung für ihre Laufbahn bereits bestanden haben.

Art. 4

Die parteipolitische Betätigung der Dienstkräfte der Polizei während des Dienstes, in Dienst- oder Unterkunftsräumen sowie in Dienstkleidung ist untersagt. Untersagt sind auch der nichtdienstliche Besuch von politischen Versammlungen in Dienstkleidung und das Tragen politischer Abzeichen zur Dienstkleidung.

II. Gemeindepolizei

Art. 5

(1) Jede Gemeinde hat das Recht, zur Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises eine eigene Polizei zu errichten. Die Gemeindepolizei nimmt auch die staatlichen polizeilichen Aufgaben im Gemeindegebiet als übertragene Aufgabe wahr, soweit nicht andere Polizei zuständig ist und solange diese Aufgaben nicht nach Absatz 2 auf die Landespolizei übertragen worden sind. Die Gemeindepolizei muß die Dienstkräfte, Einrichtungen und Sachmittel umfassen, die erfahrungsgemäß für ihre Aufgaben notwendig sind.

(2) Die von der Gemeindepolizei wahrgenommenen staatlichen Aufgaben werden auf die Landespolizei übertragen. Das Staatsministerium des Innern bestimmt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Verordnung den Zeitpunkt der Übertragung für die einzelnen Gemeinden nach Maßgabe des Staatshaushalts.

(3) Eine Gemeinde kann ihre Polizei auflösen, sobald die staatlichen polizeilichen Aufgaben in der Gemeinde auf die Landespolizei übertragen worden sind.

(4) Will eine Gemeinde mit eigener Polizei, der staatliche Aufgaben obliegen, die polizeiliche Regelung und Überwachung

a) des Verkehrs auf Straßen, die dem überörtlichen Verkehr dienen,

b) des örtlichen Verkehrs mit Wasserfahrzeugen auf den Binnengewässern einschließlich der Gewässer in den Häfen

auf die Landespolizei übertragen, so kann sie beim Staatsministerium des Innern einen entsprechenden Antrag stellen. Das Staatsministerium des Innern hat dem Antrag stattzugeben, wenn nicht zwingende Gründe entgegenstehen.

(5) Wurde oder wird eine Gemeinde ohne eigene Polizei in eine andere Gemeinde mit eigener Polizei eingegliedert oder mit dieser zusammengeschlossen, so kann das Staatsministerium des Innern mit Zustimmung der Gemeinde durch Verordnung bestimmen, daß die staatliche Polizei in dem Gebiet der ehemaligen Gemeinde ohne eigene Polizei zuständig bleibt.

Art. 6

(1) In jeder Gemeinde mit eigener Polizei ist ein leitender Polizeibeamter zu bestellen. Der leitende Polizeibeamte muß den für seine Dienststellung in den Laufbahnvorschriften geforderten fachlichen Voraussetzungen genügen, insbesondere die erforderlichen Prüfungen bestanden haben. Er führt die für seine Stelle vorgesehene Amtsbezeichnung.

(2) Vor der endgültigen Berufung des leitenden Polizeibeamten und seines Stellvertreters ist der Regierung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(3) Dem leitenden Polizeibeamten obliegt insbesondere die Beaufsichtigung und Wahrung der vorschriftsmäßigen, einheitlichen und wirksamen Handhabung des Dienstbetriebs der Gemeindepolizei. Zu Dienstaufgaben, die außerhalb seines fachlichen Bereichs liegen, darf der leitende Polizeibeamte nicht herangezogen werden. Er darf nicht ehrenamtliches Mitglied des Gemeinderats sein.

Art. 7

(1) Die zuständigen Staatsbehörden können Gemeinden mit eigener Polizei, der staatliche Aufgaben obliegen, für den polizeilichen Vollzug von gemeindlichen Verwaltungsaufgaben des übertragenen Wirkungskreises Weisungen erteilen. Das gleiche gilt, unbeschadet anderweitiger gesetzlicher Vorschriften, insbesondere der Strafprozeßordnung, für die Durchführung der in Art. 2 Abs. 2 als Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises bezeichneten Aufgaben.

(2) Zuständige Staatsbehörden im Sinne von Absatz 1 sind die Landratsämter gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden, die Regierungen gegenüber den kreisfreien Gemeinden ihrer Amtsbereiche; ferner als Oberaufsichtsbehörden die Regierungen gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden ihrer Amtsbereiche und das Staatsministerium des Innern gegenüber allen Gemeinden. Für Große Kreisstädte, soweit sie Kreisverwaltungsbehörden sind, sind jedoch allein die Regierungen und das Staatsministerium des Innern zuständige Staatsbehörden.

Art. 8

(1) Die Gemeindepolizei erfüllt ihre Aufgaben insbesondere im Einzeldienst. Ferner hat sie die Gemeinde laufend über den Sicherheitszustand, vor allem über erhebliche Verstöße gegen die Rechtsordnung zu unterrichten, soweit nicht dadurch die Strafverfolgung erschwert oder verhindert wird.

(2) Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben hat die Gemeindepolizei nach Maßgabe der ihr allgemein oder für den Einzelfall von der Gemeinde erteilten Aufträge die für die Wahrnehmung der öffentlichen Verwaltungsaufgaben der Gemeinde notwendigen Ermittlungen vorzunehmen, den Vollzug von Verwaltungsakten der Gemeinde zu überwachen und Vollstreckungshilfe zu leisten, soweit die Mitwirkung der Polizei, insbesondere wegen der Anwendung unmittelbaren Zwanges, erforderlich ist.

(3) Die Gemeindepolizei hat ferner innerhalb des Gemeindegebiets im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben nach Maßgabe der hierfür den Gemeinden von den zuständigen Staatsbehörden allgemein oder für den Einzelfall erteilten Weisungen den Vollzug von Verwaltungsakten anderer Behörden zu überwachen und Vollstreckungshilfe zu leisten, soweit die Mitwirkung der Polizei, insbesondere wegen der Anwendung unmittelbaren Zwanges, erforderlich ist. Art. 7 Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Eine Gemeindepolizei, der staatliche Aufgaben obliegen, hat die Untersuchungs- und Strafgefangenen vor Gericht zu führen und die Gerichtsvorsitzenden bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung zu unterstützen, soweit dafür Dienstkräfte der Justizverwaltung nicht oder nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Art. 9

Wird eine auf Grund der Art. 7 oder 8 Abs. 3 erteilte Weisung nicht vollzogen, so kann die zuständige Staatsbehörde (Art. 7 Abs. 2) den Vollzug durch Dienstkräfte der Landespolizei auf Kosten der Gemeinde anordnen. Die Gemeinde und auf dem Dienstweg das Staatsministerium des Innern sind von den getroffenen Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten.

Art. 10

(1) Außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs ist die Gemeindepolizei zu Amtshandlungen nur befugt,

1. wenn die örtlich zuständige Polizei nicht oder nicht in ausreichender Stärke rechtzeitig herbeigeht werden kann,
2. zur Verfolgung von Personen auf frischer Tat sowie zur Verfolgung und Wiederergriffung Entwichener,
3. zur Vorführung Festgenommener vor den Richter,
4. wenn die Eigenart einer Dienstverrichtung ihre Vornahme oder Fortsetzung an mehreren Orten durch die gleichen Dienstkräfte erfordert,
5. auf Grund besonderer gesetzlicher Ermächtigung.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nrn. 1 und 2 ist die örtlich zuständige Polizeidienststelle von den getroffenen Amtshandlungen unverzüglich zu verständigen. Das gilt nicht für Verwarnungen.

Art. 11

(1) Die zuständige Staatsbehörde (Art. 7 Abs. 2) kann gegen den leitenden Polizeibeamten sowie gegen sonstige Beamte einer Gemeindepolizei die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragen oder, falls sie zuständige Einleitungsbehörde ist, es selbst einleiten, wenn der begründete Verdacht eines Dienstvergehens innerhalb des Aufgabenbereichs besteht, der dem staatlichen Weisungsrecht unterliegt.

(2) Unter der gleichen Voraussetzung kann die zuständige Staatsbehörde (Art. 7 Abs. 2), auch wenn sie nicht Einleitungsbehörde ist, die sofortige Enthebung des Beamten vom Dienst anordnen. In diesem Fall ist die Einleitung eines Disziplinarverfahrens unverzüglich zu beantragen. Die Einleitungsbehörde entscheidet über den Fortbestand der Dienstenthebung.

(3) Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 sind erst zulässig, wenn der Gemeinderat nicht innerhalb einer von der zuständigen Staatsbehörde (Art. 7 Abs. 2) gesetzten Frist von sich aus entsprechende Maßnahmen getroffen hat.

Art. 12

Erscheint ein Beamter einer Gemeindepolizei für den Polizeidienst nicht mehr geeignet, ohne daß ein Rechtsgrund für die Beendigung des Beamtenverhältnisses gegeben ist, so ist er in einem anderen Zweig der Gemeindeverwaltung in einer Stelle zu verwenden, die seiner Vorbildung und seiner bis-

herigen Laufbahn entspricht. Auf seinen Wunsch soll ihm Gelegenheit gegeben werden, seine Vorbildung für seine neue Verwendung zu ergänzen, soweit der Dienstbetrieb der Gemeindeverwaltung es gestattet.

Art. 13

Machen Gemeinden von ihrem Recht nach Art. 5 Abs. 1 Gebrauch, so ist die Bereitstellung der erforderlichen Dienstkräfte, Einrichtungen und Sachmittel Angelegenheit des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden.

Art. 14

Reichen die Dienstkräfte einer Gemeindepolizei, der staatliche Aufgaben obliegen, im Einzelfall nicht aus, so kann die Gemeinde die zuständige Staatsbehörde (Art. 7 Abs. 2) ersuchen, Dienstkräfte der Landespolizei und im Grenzbereich auch Dienstkräfte der Grenzpolizei zur Unterstützung zu entsenden. Die entsandten Dienstkräfte unterstehen für die Dauer der Maßnahme den Weisungen der Rechtsaufsichtsbehörde.

Art. 15

(1) Ist eine Gemeindepolizei, der staatliche Aufgaben obliegen, nicht in der Lage oder nicht bereit, die ihr gesetzlich obliegenden Pflichten zu erfüllen, so kann das Staatsministerium des Innern vorübergehend die Entsendung von staatlicher Polizei anordnen. Die entsandten Dienstkräfte unterstehen für die Dauer der Maßnahme den Weisungen der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Trifft die Gemeinde ein Verschulden, so fallen ihr notwendige Sonderkosten, die durch die Entsendung von staatlicher Polizei nach Absatz 1 entstehen, zur Last.

Art. 16

Die Vorschriften über den Einsatz und die sonstige Verwendung der Bereitschaftspolizei und über den gemeinsamen Einsatz der Polizeiverbände bleiben unberührt.

III. Staatliche Polizei

1. Landespolizei

Art. 17

(1) In Gemeinden, in denen die staatlichen polizeilichen Aufgaben staatlicher Polizei obliegen, und in gemeindefreien Gebieten erfüllt die Landespolizei insbesondere im Einzeldienst diese Aufgaben. Sie hat insbesondere die in Art. 2 Abs. 1 Nrn. 1 bis 5 genannten Aufgaben durchzuführen.

(2) In Gemeinden, in denen die staatlichen polizeilichen Aufgaben staatlicher Polizei obliegen, obliegt ihr auch die Verhütung von Zuwiderhandlungen gegen Ortsrecht (Art. 2 Abs. 2 Satz 1). Ferner hat sie in Gemeinden ohne eigene Polizei die Untersuchungs- und Strafgefangenen vor Gericht zu führen und die Gerichtsvorsitzenden bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung zu unterstützen, soweit dafür Dienstkräfte der Justizverwaltung nicht oder nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

(3) Die in Art. 2 Abs. 1 Nrn. 4 und 5 genannten Aufgaben nimmt die Landespolizei auch in Gemeinden mit eigener Polizei wahr.

(4) Die Landespolizei hat die Behörden der allgemeinen inneren Verwaltung laufend über den Sicherheitszustand, vor allem über erhebliche Verstöße gegen die Rechtsordnung, zu unterrichten.

Art. 18

Dienstkräfte der Landespolizei, die im Einzeldienst verwendet werden, sind innerhalb des gesamten Zuständigkeitsbereichs der Landespolizei zu Amtshandlungen befugt, leisten ihren Dienst jedoch in der Regel nur innerhalb des Dienstbereichs, dem sie zugeweiht sind.

Art. 19

(1) Abgesehen von den Fällen der Art. 5 Abs. 4, Art. 9, 14 und 15 ist die Landespolizei außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zu Amtshandlungen nur befugt,

1. wenn die örtlich zuständige Polizei nicht oder nicht in ausreichender Stärke rechtzeitig herbeigeht werden kann,
2. zur Verfolgung von Personen auf frischer Tat sowie zur Verfolgung und Wiederergreifung Entwichener,
3. wenn die Eigenart einer Dienstverrichtung ihre Vornahme oder Fortsetzung an mehreren Orten durch die gleichen Dienstkräfte erfordert,
4. auf Grund besonderer gesetzlicher Ermächtigung.

(2) Die Vorschriften über den gemeinsamen Einsatz der Polizeiverbände bleiben unberührt.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 Nrn. 1 und 2 ist die örtlich zuständige Polizeidienststelle von den getroffenen Amtshandlungen unverzüglich zu verständigen. Das gilt nicht für Verwarnungen.

Art. 20

(1) Dienststellen der Bayerischen Landespolizei sind

1. die Landespolizeistationen und die Nebenstellen,
2. die Landespolizeiinspektionen,
3. die Landespolizeidirektionen als dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Dienststellen.

(2) Das Staatsministerium des Innern kann bestimmen, daß Dienststellen der Landespolizei, die nach Art. 5 Abs. 2 Aufgaben einer Gemeindepolizei übernehmen, abweichend von Absatz 1 eine Bezeichnung führen, die der bisherigen Bezeichnung der Dienststelle der Gemeindepolizei entspricht. Das Staatsministerium des Innern kann ferner abweichend von Absatz 1 bestimmen, welcher Stelle solche Dienststellen der Landespolizei unmittelbar nachgeordnet sind.

Art. 21

Die Stärke der Landespolizei, ihre Gliederung und örtliche Verteilung bestimmt im Rahmen des Staatshaushaltsplans das Staatsministerium des Innern.

Art. 22

Für kriminalpolizeiliche Aufgaben, die Überwachung des Verkehrs auf Straßen, die dem überörtlichen Verkehr dienen, und die polizeiliche Regelung und Überwachung des Verkehrs mit Wasserfahrzeugen auf den Binnengewässern einschließlich der Gewässer in den Häfen können besondere Dienststellen errichtet werden.

Art. 23

(1) Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben hat die Landespolizei innerhalb des Dienstbereichs der Dienststelle nach Weisung der zuständigen staatlichen Behörde und nach Weisung oder auf Ersuchen der Gemeinden ohne eigene Polizei die für die Wahrnehmung öffentlicher Verwaltungsaufgaben notwendigen Ermittlungen vorzunehmen, den Vollzug von Verwaltungsakten zu überwachen und Vollstreckungshilfe zu leisten, soweit die Mitwirkung der Polizei, insbesondere wegen der Anwendung unmittelbaren Zwanges, erforderlich ist. In Gemeinden mit eigener Polizei, in denen die staatlichen polizeilichen Aufgaben staatlicher Polizei obliegen, gilt Satz 1 nur für Verwaltungsaufgaben im übertragenen Wirkungskreis.

(2) Weisungen im Sinne des Absatzes 1 erteilen die Landratsämter, die Regierungen und das Staatsministerium des Innern. Stehen Weisungen dieser Behörden nicht entgegen, so können auch die Großen Kreisstädte, soweit sie Kreisverwaltungsbehörden sind, und die kreisfreien Gemeinden Weisungen erteilen.

(3) Ersuchen nach Absatz 1 richten kreisangehörige Gemeinden, soweit sie nicht Große Kreisstädte sind, über die zuständige Staatsbehörde (Art. 7 Abs. 2), in Einzelfällen auch unmittelbar an die unterste örtlich zuständige Landespolizeidienststelle. Kann die Landespolizei dem Ersuchen nicht sofort entsprechen, veranlaßt sie unverzüglich das zur Ausführung des Ersuchens Erforderliche und unterrichtet die Gemeinde über den Grund der Verzögerung.

(4) Für Weisungen und Ersuchen der Gemeinden gilt Art. 7 Abs. 2 entsprechend.

2. Grenzpolizei

Art. 24

Die Überwachung und der polizeiliche Schutz der Landesgrenzen, insbesondere die Überwachung des Grenzverkehrs und der Vollzug der Auslieferung und Übernahme von Personen sowie die Überwachung des Personenverkehrs auf Flugplätzen sind, unbeschadet der gesetzlichen Zuständigkeit anderer Behörden und Dienststellen, Aufgaben der Bayerischen Grenzpolizei.

Art. 25

(1) Dienstkräfte der Grenzpolizei, die im Einzeldienst verwendet werden, sind befugt, entlang der gesamten Landesgrenze in einem Gebietsstreifen von 30 km Tiefe (Grenzbereich) sowie innerhalb der Flugplatzbereiche Amtshandlungen im Rahmen ihrer Aufgaben nach Art. 24 vorzunehmen, auch soweit diese Bereiche zum Gebiet von Gemeinden mit eigener Polizei gehören. Sie leisten ihren Dienst jedoch in der Regel nur innerhalb des Dienstbereichs, dem sie zugeteilt sind.

(2) Zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben, die über den Rahmen des Art. 24 hinausgehen, ist die Grenzpolizei innerhalb des Grenz- oder Flugplatzbereiches nur befugt,

1. wenn die örtlich zuständige Polizei nicht oder nicht in ausreichender Stärke rechtzeitig herbeigeht werden kann,
2. zur Verfolgung von Personen auf frischer Tat sowie zur Verfolgung und Wiederergreifung Entwichener.

(3) Außerhalb des Grenz- oder Flugplatzbereiches ist die Grenzpolizei zu Amtshandlungen nur befugt,

1. wenn zur Durchführung einer polizeilichen Aufgabe im Rahmen des Art. 24 Amtshandlungen außerhalb des Grenz- oder Flugplatzbereiches notwendig werden,
2. unter den Voraussetzungen des Absatzes 2,
3. auf Grund besonderer gesetzlicher Ermächtigung.

(4) In den Fällen der Absätze 2 und 3 Nr. 2 ist die zuständige Polizeidienststelle von den getroffenen Amtshandlungen unverzüglich zu verständigen. Das gilt nicht für Verwarnungen.

(5) Die Vorschriften über den gemeinsamen Einsatz der Polizeiverbände bleiben unberührt.

Art. 26

Im Grenzbereich können der Grenzpolizei durch das Staatsministerium des Innern auch die Aufgaben der Landespolizei übertragen werden. Die Art. 19 und 23 gelten entsprechend.

Art. 27

Die Grenzpolizei ist zur Zusammenarbeit mit den Behörden der allgemeinen inneren Verwaltung sowie mit anderen, im Grenzbereich tätigen Polizeidienstkräften und mit der Zollverwaltung verpflichtet.

Art. 28

Dienststellen der Bayerischen Grenzpolizei sind

1. die Grenzpolizeistationen und die Nebenstellen,
2. die Grenzpolizeiinspektionen,

3. die Grenzpolizeidirektion als eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Dienststelle.

Art. 29

Die Stärke der Grenzpolizei, ihre Gliederung und örtliche Verteilung bestimmt im Rahmen des Staatshaushaltsplans das Staatsministerium des Innern.

Art. 30

Für grenzpolizeiliche Sonderaufgaben können Grenzbeauftragte bestellt werden.

3. Bereitschaftspolizei

Art. 31

(1) Die Bayerische Bereitschaftspolizei ist ein besonderer staatlicher Polizeiverband.

(2) Aufgabe der Bereitschaftspolizei ist die Unterstützung der Dienstkräfte des Einzeldienstes, wenn die Erfüllung der ihnen gesetzlich obliegenden Aufgaben den Einsatz geschlossener Polizeieinheiten notwendig macht.

(3) Die Bereitschaftspolizei kann ferner aus sonstigen schwerwiegenden Gründen, insbesondere zum Schutz der obersten Staatsorgane, ihrer Behörden und Dienststellen sowie zum Schutz lebenswichtiger Einrichtungen, Anlagen und Betriebe verwendet werden, wenn und solange hierfür ein Bedürfnis besteht.

(4) Militärischen Zwecken dient die Bereitschaftspolizei nicht.

(5) Aufgabe der Bereitschaftspolizei ist auch die Ausbildung und Fortbildung der Polizeidienstkräfte des mittleren Dienstes.

Art. 32

Die Stärke der Bereitschaftspolizei, ihre Gliederung, örtliche Verteilung und Unterbringung bestimmt im Rahmen des Staatshaushaltsplans das Staatsministerium des Innern.

Art. 33

(1) Die Bereitschaftspolizei darf nur auf Weisung des Staatsministers des Innern eingesetzt oder sonst verwendet werden.

(2) Polizeibeamte der Bereitschaftspolizei sind auch in den Fällen des Art. 19 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 zu Amtshandlungen befugt.

Art. 34

Die Leitung der Bereitschaftspolizei obliegt der Direktion der Bayerischen Bereitschaftspolizei. Sie ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Dienststelle.

Art. 35

(1) Zur Ausbildung im Einzeldienst können Beamte der Bereitschaftspolizei vorübergehend zur Landespolizei, zur Grenzpolizei oder mit Einwilligung der Gemeinde zur Polizei einer Gemeinde abgeordnet werden. Für die Dauer der Abordnung haben sie die Befugnisse der Dienstkräfte des Polizeiträgers und des Polizeiverbandes, zu dem sie abgeordnet sind, und unterstehen den gleichen Vorgesetzten.

(2) Die Verantwortlichkeit bei Amtspflichtverletzungen von Beamten der Bereitschaftspolizei trifft auch für die Dauer der Abordnung zur Polizei einer Gemeinde gemäß Absatz 1 den Staat, es sei denn, daß die zu Schadenersatz verpflichtende Maßnahme auf ausdrückliche Anordnung der Gemeinde oder eines Vorgesetzten vorgenommen worden ist, der der Polizei der Gemeinde angehört.

4. Landeskriminalamt

Art. 36

Das Bayerische Landeskriminalamt ist eine zentrale Dienststelle für kriminalpolizeiliche Aufgaben. Es ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Dienststelle.

Art. 37

(1) Aufgabe des Landeskriminalamts ist es,

1. alle für die Verhütung und polizeiliche Verfolgung rechtswidrigen Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklichen, bedeutsamen Nachrichten und Unterlagen zu sammeln und auszuwerten,
2. die Polizeidienststellen des Staates und der Gemeinden über den Stand der Kriminalität laufend zu unterrichten und über wirksame und zweckmäßige Maßnahmen zur Verhütung und polizeilichen Verfolgung rechtswidriger Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklichen, zu beraten,
3. Einrichtungen für kriminaltechnische und erkennungsdienstliche Untersuchungen und Forschungen zu unterhalten,
4. auf Ersuchen einer Polizeidienststelle des Staates oder der Gemeinden, einer Staatsanwaltschaft oder eines Gerichts für ein Strafverfahren oder Bußgeldverfahren kriminaltechnische und erkennungsdienstliche Untersuchungen durchzuführen und Gutachten zu erstatten und vor Gericht zu vertreten,
5. eine Polizeistatistik zu führen,
6. Richtlinien für das Fahndungswesen aufzustellen.

(2) Das Staatsministerium des Innern kann das Landeskriminalamt als ausschließlich zuständig für die Erstattung amtlicher kriminaltechnischer Gutachten erklären, wenn hierfür eine oder mehrere der Voraussetzungen gegeben erscheinen, unter denen das Landeskriminalamt im Einzelfall zur polizeilichen Verfolgung einer Straftat tätig werden kann, oder wenn auf Grund anderer Rechtsvorschriften die Einrichtung einer zentralen kriminaltechnischen Gutachter- oder Prüfstelle erforderlich ist.

(3) Kriminaltechnische Gutachten können mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern gegen Entgelt auch in anderen als den in Absatz 1 Nr. 4 genannten Fällen erstattet und vor Gericht vertreten oder erläutert werden.

Art. 38

(1) Dem Landeskriminalamt obliegt ferner die polizeiliche Verfolgung folgender Straftaten:

1. Kernenergie-, Sprengstoff- und Strahlungsverbrechen, in den Fällen der §§ 310 b, 311 Abs. 1 bis 3, §§ 311 a, 311 b des Strafgesetzbuches sowie Straftaten nach § 30 des Sprengstoffgesetzes;
2. Angriffe auf den Luftverkehr (§ 316 c des Strafgesetzbuches);
3. Förderung der Prostitution in den Fällen des § 180 a Abs. 3 bis 5 des Strafgesetzbuches und Menschenhandel (§ 181 des Strafgesetzbuches);
4. unbefugter Vertrieb von Betäubungsmitteln;
5. Geld- und Wertpapierfälschung sowie deren Vorbereitung (§§ 146, 149, 151, 152 des Strafgesetzbuches);
6. internationaler unbefugter Waffenhandel.

(2) Dem Landeskriminalamt obliegt außerdem die koordinierende Tätigkeit bei der polizeilichen Verfolgung der Straftaten gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung, insbesondere des Hochverrats, der Staatsgefährdung und des Landesverrats. Es übernimmt die polizeiliche Verfolgung dieser Straftaten, wenn es das Staatsministerium des Innern wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit für die Allgemeinheit oder ihrer räumlichen Ausdehnung oder der in der Person des Täters oder der Tatausführung liegenden besonderen Umstände anordnet. Art. 39 Abs. 1 Nr. 1 bleibt unberührt.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 bleibt die örtlich zuständige Polizei zu unaufschiebbaren Maßnahmen berechtigt und verpflichtet.

Art. 39

(1) Das Landeskriminalamt wird ferner im Einzelfall tätig,

1. wenn es von einer Polizeidienststelle, einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft um polizeiliche Verfolgung einer Straftat, die nach Auffassung der ersuchenden Stelle wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit für die Allgemeinheit, wegen der räumlichen Ausdehnung der durch die Straftat herbeigeführten Bedrohung oder Schädigung der Bevölkerung oder wegen der besonderen Umstände der Begehung von den örtlichen Polizeidienststellen nicht wirksam bearbeitet werden kann,

2. wenn es das Staatsministerium des Innern aus schwerwiegenden Gründen anordnet.

(2) Art. 38 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Polizeibeamte des Landeskriminalamts können ferner in den Fällen des Art. 19 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 tätig werden.

Art. 40

Zur Durchführung der ihm nach Art. 37 Abs. 1 Nrn. 1, 4, 5 und 6 und Abs. 2 sowie Art. 38 und 39 obliegenden Aufgaben kann sich das Landeskriminalamt mit Ersuchen an die Polizeidienststellen des Staates und an die Gemeinden mit eigener Polizei, der staatliche Aufgaben obliegen, wenden. Diese sind verpflichtet, solchen Ersuchen im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu entsprechen. Für Ersuchen an Gemeinden mit eigener Polizei gilt Art. 9 entsprechend.

Art. 41

(1) Das Landeskriminalamt kann in Fällen des Art. 38 die polizeiliche Verfolgung einzelner Straftaten oder die Vornahme einzelner Maßnahmen den örtlich und sachlich zuständigen Polizeidienststellen übertragen.

(2) In Fällen des Art. 39 kann das Landeskriminalamt die Vornahme einzelner Maßnahmen den örtlich und sachlich zuständigen Polizeidienststellen übertragen.

(3) Hält das Landeskriminalamt in Fällen des Art. 39 seine Mitwirkung nicht oder nicht mehr für erforderlich, so kann es die polizeiliche Verfolgung der Straftaten im Einvernehmen mit der Behörde oder Dienststelle, die sein Eingreifen veranlaßt hat, den örtlich und sachlich zuständigen Polizeidienststellen übertragen. Ist das Landeskriminalamt auf Anordnung des Staatsministeriums des Innern tätig geworden, so bedarf die Übertragung der Zustimmung des Ministeriums.

Art. 42

Die Aufgaben des Landeskriminalamts sind grundsätzlich in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Polizeidienststellen des Staates und der Gemeinden wahrzunehmen. Insbesondere soll vor dem Einschreiten im Einzelfall die örtliche Polizeidienststelle von den voraussichtlich erforderlichen Maßnahmen verständigt werden. Kann dies nicht geschehen, weil Gefahr im Verzug ist oder der Ermittlungszweck gefährdet würde, so ist die örtliche Polizeidienststelle unverzüglich zu unterrichten, sobald der Hinderungsgrund nicht mehr besteht.

Art. 43

(1) Für Dienstkräfte, die im Einzeldienst verwendet werden, gilt Art. 3 Abs. 1.

(2) Die Polizeidienststellen des Staates und der Gemeinden haben den in Absatz 1 bezeichneten Dienstkräften des Landeskriminalamts auf Ersuchen persönliche und sächliche Hilfe zu gewähren.

Art. 44

(1) Das Landeskriminalamt ist zugleich zentrale Dienststelle der Kriminalpolizei im Sinne des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes).

(2) Zuständige Landesbehörden im Sinne des in Absatz 1 bezeichneten Bundesgesetzes sind in den Fällen des § 5 Abs. 3 Nr. 1 dieses Gesetzes das Staatsministerium des Innern, der Generalstaatsanwalt bei dem Bayerischen Obersten Landesgericht und die Generalstaatsanwälte bei den Oberlandesgerichten, in den Fällen des § 6 Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes das Staatsministerium des Innern.

IV. Gemeinsamer Einsatz der Polizeiverbände

Art. 45

(1) Stellt der Staatsminister des Innern fest, daß eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen oder bereits eingetreten ist, welche zu beheben die zuständigen Polizeidienstkräfte nicht in der Lage oder nicht bereit sind, so setzt er die Polizeidienstkräfte des Staates und der Gemeinden unter seiner Weisungsgewalt dort ein, wo es zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig ist. Die Feststellung nach Satz 1 kann auch die Staatsregierung treffen.

(2) Der Staatsminister des Innern beauftragt einen Beamten einer Polizei des Staates oder einer Gemeindepolizei mit der Leitung des Einsatzes.

(3) Von allen Maßnahmen nach Absatz 1 hat die Staatsregierung den Landtag unverzüglich zu verständigen; ist der Landtag nicht versammelt, so hat sie gleichzeitig seine Einberufung zu veranlassen. Maßnahmen sind auf Verlangen des Landtags aufzuheben.

V. Zuständigkeit in besonderen Fällen

Art. 46

Die Anforderung von Polizeikräften anderer Länder und von Dienstkräften des Bundesgrenzschutzes zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder des Landes Bayern (Art. 91 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland) obliegt dem Bayerischen Ministerpräsidenten. Im übrigen gilt Art. 45 entsprechend.

Art. 47

(1) Dienstkräfte der Polizei eines anderen Landes der Bundesrepublik sind, außer im Fall des Art. 91 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und des Art. 59 des Polizeiaufgabengesetzes, zu Amtshandlungen in Bayern befugt

1. im Grenzbereich, wenn die örtlich zuständige Polizei nicht oder nicht in ausreichender Stärke rechtzeitig herbeigeholt werden kann,

2. zu polizeilichen Maßnahmen beim Gefangenentransport,

3. vorübergehend in Einzelfällen auf Anforderung oder mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern, insbesondere in den Fällen des Art. 35 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

4. in besonderen Fällen der Strafverfolgung auf Grund einer Vereinbarung des Staatsministeriums des Innern mit einem anderen Land der Bundesrepublik.

(2) Die vom Bund mit polizeilichen Aufgaben betrauten Dienstkräfte sind auf Anforderung oder mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern zu Amtshandlungen in Bayern befugt, soweit nicht bereits eine bundesrechtliche Zuständigkeit besteht.

Art. 48

Bayerische Polizei darf außerhalb Bayerns nur tätig werden

1. mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern in den Fällen des Art. 35 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 und des Art. 91 Abs. 1 und 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
2. auf Grund einer Vereinbarung des Staatsministeriums des Innern mit einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland in besonderen Fällen der Strafverfolgung oder in bestimmten Abschnitten des Grenzbereichs eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland,
3. in anderen durch Bundesrecht vorgesehenen Fällen.

VI. Bayerisches Polizeiverwaltungsamt

Art. 49

(1) Das Bayerische Polizeiverwaltungsamt nimmt zentrale Verwaltungsaufgaben der staatlichen Polizei wahr. Es beschafft die gesamte Ausrüstung der staatlichen Polizei. Daneben kann es andere staatliche Behörden und Gemeindepolizeien ausrüsten.

(2) Das Bayerische Polizeiverwaltungsamt kann als Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten bestimmt werden, soweit es sich um Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes handelt, die im Straßenverkehr begangen werden.

(3) Das Bayerische Polizeiverwaltungsamt ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Dienststelle.

VII. Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 50

Werden bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in kreisangehörigen Gemeinden die Aufgaben, die der Gemeindepolizei obliegen, von der Landespolizei wahrgenommen, so hat es dabei sein Bewenden. Art. 5 bleibt unberührt.

Art. 51

(1) Die Gemeinden haben ihr Eigentum an beweglichen Sachen, die im Zeitpunkt der Übertragung der staatlichen polizeilichen Aufgaben in der Gemeinde auf die Landespolizei (Art. 5 Abs. 2) ausschließlich oder überwiegend unmittelbar der Gemeindepolizei dienen, zu diesem Zeitpunkt unentgeltlich auf den Staat zu übertragen, soweit es sich nicht um langlebige Gebrauchsgüter handelt. Solange die Gemeinde ihre Polizei nicht völlig auflöst (Art. 5 Abs. 3), ist der Staat verpflichtet, der Gemeinde ein Recht auf unentgeltliche Nutzung der Sachen für Aufgaben der Gemeindepolizei in dem Umfang zu gewähren, der dem Anteil der polizeilichen Aufgaben im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde an den bisherigen Aufgaben der Gemeindepolizei entspricht. Dienen die Sachen im Zeitpunkt der Übertragung unmittelbar auch anderen Zwecken, so ist der Staat verpflichtet, der Gemeinde ein Recht auf unentgeltliche Nutzung der Sachen für die anderen Zwecke in bisherigem Umfang zu gewähren.

(2) Das Eigentum an unbeweglichen Sachen, die im Zeitpunkt der Übertragung der staatlichen polizeilichen Aufgaben in der Gemeinde auf die Landespolizei ausschließlich oder überwiegend unmittelbar der Gemeindepolizei dienen und im Eigentum der Gemeinde stehen, geht zu diesem Zeitpunkt unentgeltlich auf den Staat über, soweit es sich um ehemaliges Reichsvermögen im Sinne des Reichsvermögen-Gesetzes vom 16. Mai 1961 (BGBl I S. 597) handelt, an dem das Eigentum auf Grund eines Gesetzes, Verwaltungsakts oder Rechtsgeschäfts der Gemeinde unentgeltlich übertragen worden ist. Absatz 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Der Antrag auf Berichtigung des Grundbuches ist vom Staatsministerium der Finan-

zen zu stellen. Der Antrag muß von dem Leiter der Behörde oder seinem Vertreter unterschrieben und mit dem Amtssiegel versehen sein. Zum Nachweis des Eigentums gegenüber dem Grundbuchamt genügt die in den Antrag aufzunehmende Erklärung, daß das Eigentum an dem Grundstück dem Freistaat Bayern zusteht. Werterhöhende Investitionen, die die Gemeinden als Eigentümer von Sachen im Sinne des Satzes 1 vorgenommen haben, löst der Staat in acht gleichen unverzinslichen Jahresraten zum Zeitwert ab.

(3) An sonstigen Sachen, die im Zeitpunkt der Übertragung der staatlichen polizeilichen Aufgaben in der Gemeinde auf die Landespolizei ausschließlich oder überwiegend unmittelbar der Gemeindepolizei dienen und im Eigentum der Gemeinde stehen, hat die Gemeinde dem Staat vom Zeitpunkt der Übertragung der staatlichen polizeilichen Aufgaben in der Gemeinde auf die Landespolizei an ein unentgeltliches, auf fünf Jahre befristetes Nutzungsrecht zu gewähren. Die Kosten der Instandhaltung und der Bewirtschaftung für diese Zeit trägt der Staat. Solange die Gemeinde ihre Polizei nicht völlig auflöst (Art. 5 Abs. 3), ist das Nutzungsrecht nach Satz 1 nur in dem Umfang zu gewähren, der dem Anteil der staatlichen polizeilichen Aufgaben in der Gemeinde an den bisherigen Aufgaben der Gemeindepolizei entspricht. Dienen die unbeweglichen Sachen im Zeitpunkt der Übertragung unmittelbar auch anderen Zwecken, so behält die Gemeinde ihr Nutzungsrecht in dem Umfang, in dem die Sachen bisher unmittelbar den anderen Zwecken gedient haben. Das Nutzungsrecht ist unentgeltlich. Der Staat ist befugt, zweckdienliche Änderungen an den Gebäuden vorzunehmen, soweit deren Wert dadurch nicht oder nicht erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Die Gemeinde hat Sachen im Sinne des Absatzes 3 nach Ablauf der Frist des Absatzes 3 Satz 1 zum Zeitwert dem Staat zu übereignen oder zu vermieten, wenn der Staat bis zum Ende der Frist einen solchen Antrag stellt; im Falle der Übereignung unbeweglicher Sachen ist der Kaufpreis in acht gleichen unverzinslichen Jahresraten zu zahlen. Die besonderen Belange der Gemeinden sind gebührend zu berücksichtigen. Absatz 3 Sätze 3 bis 5 gelten sinngemäß.

(5) Das unmittelbar der Gemeindepolizei dienende Vermögen der Gemeinden im Sinne der Absätze 1 bis 3 ist bis zur Übertragung der staatlichen Aufgaben der Gemeindepolizei auf die Landespolizei mindestens in seinem Bestand nach dem Stichtag vom 15. Januar 1971 zu erhalten; Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Staatsministerien des Innern und der Finanzen. Für werterhöhende Investitionen, die die Gemeinden vor der Aufgabenübertragung mit Zustimmung der Staatsministerien des Innern und der Finanzen für das Vermögen im Sinne des Satzes 1 vornehmen, können staatliche Zuschüsse gewährt werden.

(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern durch Rechtsverordnung die notwendigen Ausführungsvorschriften zum Vollzug der Absätze 1 und 3 bis 5 zu erlassen.

Art. 52

(1) An Wohnraum, der im Zeitpunkt der Übertragung der staatlichen polizeilichen Aufgaben in der Gemeinde auf die Landespolizei im Eigentum der Gemeinde steht und der Unterbringung von Dienstkräften der Polizei dient, steht dem Staat von diesem Zeitpunkt an ein Besetzungsrecht zur Unterbringung von Dienstkräften der Polizei zu. An Wohnraum, der nicht zur Unterbringung von allein stehenden Polizeibediensteten bestimmt ist, besteht das Besetzungsrecht nur so lange, als er mit denselben Bediensteten besetzt ist, die ihn im Zeitpunkt der Aufgabenübertragung innehatten. Solange die Gemeinde ihre Polizei nicht völlig auflöst, besteht das Besetzungsrecht des Staates in dem Umfang, der dem Anteil der

staatlichen polizeilichen Aufgaben in der Gemeinde an den bisherigen Aufgaben der Gemeindepolizei entspricht. Die Gemeinde darf Dienstkräfte der staatlichen Polizei bei der Gestaltung der Nutzungsverhältnisse nicht schlechter stellen als andere öffentliche Dienstkräfte in vergleichbaren Fällen.

(2) Soweit Dienstkräfte der Polizei in Wohnungen untergebracht sind, die mit gemeindlichen Mitteln gefördert worden sind, geht im Zeitpunkt der Aufgabenübertragung das der Gemeinde zustehende Besetzungsrecht auf den Staat über; Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) Soweit die Gemeinden für Dienstkräfte der Polizei zur Förderung des Wohnungsbaues Darlehen ausgereicht haben, dürfen die sich aus den Darlehensverträgen für den Fall des Ausscheidens dieser Dienstkräfte aus dem Dienst der Gemeinde ergebenden Rechte aus Anlaß der Aufgabenübertragung nicht ausgeübt werden.

Art. 53

In gemeindefreien Gebieten, die allseitig vom Gebiet einer Gemeinde mit eigener Polizei umschlossen sind, sowie in bewohnten gemeindefreien Gebieten, die unmittelbar an das Gebiet einer Gemeinde mit eigener Polizei angrenzen und siedlungsmäßig mit dieser Gemeinde eine Einheit bilden, wird der Einzeldienst von der Gemeindepolizei wahrgenommen, sofern dieser staatliche Aufgaben obliegen. Die dadurch anfallenden Kosten sind den Gemeinden zu ersetzen.

Art. 54

Im Rahmen des Staatshaushaltsplans können einzelne Aufgaben der dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordneten Dienststellen der staatlichen Polizei sowie des Bayerischen Polizeiverwaltungsamtes einer dieser Dienststellen übertragen werden.

Art. 55

(1) Das Staatsministerium des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften, insbesondere über Ausbildung, Ausrüstung, Bewaffnung und gemeinsamen Einsatz der Polizeidienstkräfte des Staates und der Gemeinden.

(2) Die Dienstvorschriften für die Polizei des Staates werden vom Staatsministerium des Innern, für die Polizei der Gemeinden von diesen erlassen. Dienstvorschriften für die Polizei der Gemeinden bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

(3) Soweit sich Vorschriften nach den Absätzen 1 und 2 auf Polizeidienstkräfte und Polizeieinrichtungen von Gemeinden beziehen, ist auf die besonderen Voraussetzungen und Erfordernisse des Polizeidienstes in Gemeinden Rücksicht zu nehmen.

Art. 56

Dieses Gesetz tritt am 1. November 1952 in Kraft.*)

*) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 20. Oktober 1952 (BayBS I S. 450). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

Bekanntmachung der Neufassung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes

Vom 7. November 1974

Auf Grund des § 37 Abs. 1 Nr. 1 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht vom 24. Juli 1974 (GVBl S. 354) und des Art. 53 Nr. 1 des Bayerischen Gesetzes über die entschädigungspflichtige Enteignung vom 11. November

1974 (GVBl S. 609) wird nachfolgend der Wortlaut des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes in der vom 1. Januar 1975 an geltenden Fassung bekanntgemacht.

Die Neufassung ergibt sich aus den Änderungen des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. November 1970 (GVBl S. 601) durch

- a) Art. 4 des Gesetzes über die Zuständigkeiten in der Landesentwicklung und in den Umweltfragen vom 19. Februar 1971 (GVBl S. 65),
- b) Art. 20 Abs. 1 Nr. 4 des Bayerischen Abfallgesetzes vom 25. Juni 1973 (GVBl S. 324),
- c) Art. 28 Abs. 2 Nr. 2 des Denkmalschutzgesetzes vom 25. Juni 1973 (GVBl S. 328),
- d) Art. 182 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl I S. 469),
- e) § 1 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht,
- f) Art. 20 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes vom 8. Oktober 1974 (GVBl S. 499),
- g) Art. 52 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über die entschädigungspflichtige Enteignung.

München, den 7. November 1974

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Merck, Staatsminister

Gesetz über das Landesstrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Verordnungsgesetz — LStVG —) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1974

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Allgemeine Vorschriften über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

- Art. 1 Einteilung der Tatbestände
- Art. 2 Straftaten
- Art. 3 Ordnungswidrigkeiten
- Art. 4 Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften oder Anordnungen für den Einzelfall
- Art. 5 Vollstreckung des Bußgeldbescheides

Zweiter Teil

Aufgaben und Befugnisse der Sicherheitsbehörden; Entschädigung

- Art. 6 Aufgaben der Sicherheitsbehörden
- Art. 7 Befugnisse der Sicherheitsbehörden
- Art. 8 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- Art. 9 Richtung der Maßnahmen
- Art. 10 Sicherheitsbehörden und Polizei
- Art. 11 Entschädigung

Dritter Teil

Einzelne Ermächtigungen und Ordnungswidrigkeiten

1. Abschnitt

Schutz der Gesundheit und Reinlichkeit

- Art. 12 Übertragbare Krankheiten
- Art. 13 Halten von Haustieren
- Art. 14 Lebensmittel
- Art. 15 Reinlichkeit in Betrieben
- Art. 16 Schädliche Tiere und Pflanzen
- Art. 17 Bienenbelegstellen
- Art. 18 Halten von Hunden

2. Abschnitt Vergnügungen

- Art. 19 Veranstaltung von Vergnügungen

3. Abschnitt**Weitere Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**

- Art. 20 Störung von Amtshandlungen
- Art. 21 Unerlaubter Verkehr mit Verwahrten
- Art. 22 Notzeichen
- Art. 23 Menschenansammlungen
- Art. 24 Ski- und Skibobfahren, Rodeln
- Art. 25 Zelten, Aufstellen von Wohnwagen
- Art. 26 Betreten und Befahren von Grundstücken
- Art. 27 Baden; Betreten und Befahren von Eisflächen
- Art. 28 Öffentliche Anschläge
- Art. 29 Fliegende Verkaufsanlagen
- Art. 30 Haushaltsgeräte
- Art. 31 Gifte, Giftwaren, Arzneien
- Art. 32 Hochgiftige Stoffe
- Art. 33 Überwachung
- Art. 34 Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen und Zündmitteln
- Art. 35 Umgang und Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen
- Art. 36 Verwenden pyrotechnischer Gegenstände
- Art. 37 Halten gefährlicher Tiere
- Art. 38 Verhütung von Bränden

4. Abschnitt**Schutz von Feld und Flur**

- Art. 39 Feld und Flur
- Art. 40 Weidefrevel
- Art. 41 Feldgefährdung

Vierter Teil**Verfahren beim Erlaß von Verordnungen**

- Art. 42 Verordnungen der Gemeinden, Landkreise und Bezirke
- Art. 43 Vollzug der Verordnungen
- Art. 44 Zuständigkeit verschiedener Behörden oder Stellen
- Art. 45 Rechtmäßigkeit und Angabe der Rechtsgrundlage
- Art. 46 Pflicht zum Erlaß von Verordnungen
- Art. 47 Vorlage und Genehmigung
- Art. 48 Änderung und Aufhebung von Verordnungen
- Art. 49 Allgemeine Aufsichtspflicht
- Art. 50 Geltungsdauer
- Art. 51 Amtliche Bekanntmachung
- Art. 52 Hinweis auf die Bekanntmachung
- Art. 53 Mitteilungen

Fünfter Teil**Übergangs- und Schlußvorschriften**

- Art. 54 Zuständigkeit aus Ermächtigungen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes
- Art. 55 Vorbehalt des Bundesrechts
- Art. 56 Zuständigkeit für gemeindefreie Gebiete
- Art. 57 Ausführungsvorschriften
- Art. 58 Einschränkung von Grundrechten
- Art. 59 Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 112 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten
- Art. 60 Fortbestand alten Ordnungsrechts
- Art. 61 Einstweilige Vorschriften über die Stilllegung und Beseitigung von Anlagen und Geräten
- Art. 62 Zeitpunkt des Inkrafttretens

Erster Teil**Allgemeine Vorschriften über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten****Art. 1****Einteilung der Tatbestände**

- (1) Die im Landesrecht mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe bedrohten Handlungen sind Straftaten.
- (2) Die im Landesrecht mit Geldbuße bedrohten Handlungen sind Ordnungswidrigkeiten.

Art. 2**Straftaten**

Auf die Straftaten des Landesrechts sind die im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuchs enthaltenen Vorschriften sowie die Vorschriften des Jugendge-

richtsgesetzes, der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes anzuwenden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Art. 3**Ordnungswidrigkeiten**

Für die Ordnungswidrigkeiten des Landesrechts gilt das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Art. 4**Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften oder Anordnungen für den Einzelfall**

(1) Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften im Range unter dem Gesetz können auf Grund eines Landesgesetzes mit Strafe oder Geldbuße nur geahndet werden, wenn die Rechtsvorschrift für einen bestimmten Tatbestand auf die zugrundeliegende gesetzliche Straf- oder Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen der Verwaltungsbehörden für den Einzelfall können nach Landesrecht mit Strafe oder Geldbuße nur geahndet werden, wenn die Anordnung nicht mehr mit ordentlichen Rechtsbehelfen angefochten werden kann oder ihre Vollziehung angeordnet ist.

Art. 5**Vollstreckung des Bußgeldbescheids**

Der Bußgeldbescheid wird nach den Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes vollstreckt, soweit nicht das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten etwas anderes bestimmt.

Zweiter Teil**Aufgaben und Befugnisse der Sicherheitsbehörden; Entschädigung****Art. 6****Aufgaben der Sicherheitsbehörden**

Die Gemeinden, Landratsämter, Regierungen und das Staatsministerium des Innern haben als Sicherheitsbehörden die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von Gefahren und durch Unterbindung und Beseitigung von Störungen aufrechtzuerhalten.

Art. 7**Befugnisse der Sicherheitsbehörden**

(1) Anordnungen und sonstige Maßnahmen, die in Rechte anderer eingreifen, dürfen nur getroffen werden, wenn die Sicherheitsbehörden durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes dazu besonders ermächtigt sind.

(2) Soweit eine solche gesetzliche Ermächtigung nicht in Vorschriften dieses Gesetzes oder in anderen Rechtsvorschriften enthalten ist, können die Sicherheitsbehörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben für den Einzelfall Anordnungen nur treffen, um

1. rechtswidrige Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit verwirklichen, oder verfassungsfeindliche Handlungen zu verhüten oder zu unterbinden;
2. durch solche Handlungen verursachte Zustände zu beseitigen;
3. Gefahren abzuwehren oder Störungen zu beseitigen, die Leben, Gesundheit oder die Freiheit von Menschen oder Sachwerte, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten erscheint, bedrohen oder verletzen.

(3) Sind Anordnungen nach Absatz 2 nicht möglich, nicht zulässig oder versprechen sie keinen Erfolg, so können die Sicherheitsbehörden die Gefahr oder Störung selbst, durch die Polizei oder durch vertraglich Beauftragte abwehren oder beseitigen.

(4) Die Freiheit der Person und die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 und Art. 13 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 102 Abs. 1 und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung des Freistaates Bayern) dürfen durch Maßnahmen auf

Grund der Absätze 2 und 3 nicht eingeschränkt werden.

(5) Verfassungsfeindlich im Sinne dieses Gesetzes ist eine Handlung, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder auf verfassungswidrige Weise zu stören oder zu ändern, ohne den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit zu verwirklichen.

Art. 8

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

(1) Unter mehreren möglichen und geeigneten Maßnahmen ist diejenige zu treffen, die den einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt.

(2) Ein durch die Maßnahme zu erwartender Schaden darf nicht erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg stehen.

(3) Maßnahmen sind zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich zeigt, daß er nicht erreicht werden kann.

Art. 9

Richtung der Maßnahmen

(1) Macht das Verhalten oder der Zustand einer Person Maßnahmen nach diesem Gesetz notwendig, so sind diese gegen die Person zu richten, die die Gefahr oder die Störung verursacht hat. Hat ein strafunmündiges Kind oder eine Person, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt ist, die Gefahr oder die Störung verursacht, so können die Sicherheitsbehörden ihre Maßnahmen auch gegen den richten, dem die Aufsicht über eine solche Person obliegt. Hat eine Person, die zu einer Verrichtung bestellt ist, in Ausführung dieser Verrichtung die Gefahr oder die Störung verursacht, so kann die Maßnahme auch gegen den gerichtet werden, der die Person zu der Verrichtung bestellt hat.

(2) Macht das Verhalten oder der Zustand eines Tieres oder der Zustand einer anderen Sache Maßnahmen nach diesem Gesetz notwendig, so sind diese gegen den Inhaber der tatsächlichen Gewalt zu richten. Die Maßnahmen können auch gegen den Eigentümer oder den sonst dinglich Verfügungsberechtigten gerichtet werden; das gilt nicht, wenn der Inhaber der tatsächlichen Gewalt diese gegen den Willen des Eigentümers oder sonst dinglich Verfügungsberechtigten ausübt. Soweit auf Grund besonderer Vorschriften eine andere Person verantwortlich ist, sind die Maßnahmen in erster Linie gegen diese zu richten.

(3) Zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden erheblichen Gefahr oder zur Beseitigung einer erheblichen Störung können Maßnahmen auch gegen eine Person gerichtet werden, die nicht nach den Absätzen 1 oder 2 verantwortlich ist, insbesondere kann sie zur Hilfeleistung angehalten werden, wenn und soweit weder Maßnahmen gegen die verantwortliche Person noch Maßnahmen nach Art. 7 Abs. 3 möglich, ausreichend oder zulässig sind. Maßnahmen nach Satz 1 dürfen nicht getroffen werden, wenn die nicht verantwortliche Person dadurch selbst an Leben oder Gesundheit gefährdet oder an der Erfüllung überwiegender anderweitiger Pflichten gehindert würde.

Art. 10

Sicherheitsbehörden und Polizei

Maßnahmen der Sicherheitsbehörden nach diesem Gesetz schließen widersprechende Maßnahmen der Polizei aus. Das Recht der Sicherheitsbehörden, der Polizei Weisungen zu erteilen, und die Vorschriften über die Strafverfolgung und die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten bleiben unberührt.

Art. 11

Entschädigung

(1) Soweit Maßnahmen auf Grund dieses Gesetzes getroffen werden, sind die Art. 49, 50 und 52 des Poli-

zeiaufgabengesetzes sinngemäß anzuwenden. Zur Entschädigung verpflichtet ist der Träger der Behörde, die die Maßnahmen getroffen hat; hat das Landratsamt die Maßnahme getroffen, so ist der Landkreis verpflichtet, soweit nicht der Staat nach Art. 35 Abs. 3 oder Art. 37 Abs. 5 der Landkreisordnung haftet.

(2) Stellen Maßnahmen auf Grund dieses Gesetzes eine Enteignung dar, so ist nach den Vorschriften des Bayerischen Gesetzes über die entschädigungspflichtige Enteignung Entschädigung in Geld zu leisten.

Dritter Teil

Einzelne Ermächtigungen und Ordnungswidrigkeiten

1. Abschnitt

Schutz der Gesundheit und Reinlichkeit

Art. 12

Übertragbare Krankheiten

(1) Zur Verhütung übertragbarer Krankheiten können die kreisfreien Gemeinden, die Landkreise, die Bezirke und das Staatsministerium des Innern durch Verordnung

1. die Beschäftigungsverbote des § 17 des Bundes-Seuchengesetzes auch dort nicht genannten Personen auferlegen, die andere anstecken können,
2. diesen und den in § 17 des Bundes-Seuchengesetzes bezeichneten Personen die Tätigkeit
  - a) in Betrieben, in denen Lebensmittel hergestellt, verarbeitet oder abgegeben werden,
  - b) im Friseurhandwerk,
  - c) in Leihbüchereien oder
  - d) in anderen Betrieben oder Einrichtungen, in denen im besonderen Maß die Gefahr besteht, daß die dort beschäftigten Personen andere anstecken,

verbieten oder von besonderen Voraussetzungen abhängig machen, welche die Eignung dieser Personen für die Tätigkeit oder die Beschäftigung in solchen Betrieben oder Einrichtungen betreffen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für den Erlass von Anordnungen für den Einzelfall durch die kreisfreien Gemeinden, die Landratsämter, die Regierungen und das Staatsministerium des Innern.

(3) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer

1. entgegen einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung jemanden beschäftigt oder eine Tätigkeit ausübt oder besondere Voraussetzungen für eine Tätigkeit oder Beschäftigung nicht beachtet,
2. einer auf Grund des Absatzes 2 erlassenen vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt.

Art. 13

Halten von Haustieren

(1) Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit oder zum Schutz der Gesundheit können, soweit nicht bundesrechtliche oder besondere landesrechtliche Vorschriften bestehen, die Gemeinden Verordnungen über das Halten von Haustieren in Ställen erlassen.

(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung oder einer vollziehbaren Anordnung, die auf Grund einer solchen Verordnung getroffen wurde, zuwiderhandelt.

Art. 14

Lebensmittel

(1) Zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit können, soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften bestehen, die kreisfreien Gemeinden, die Landkreise, die Bezirke und das Staatsministerium des Innern Verordnungen über die Beschaffenheit, Aufbewahrung, Verpackung und das Ausstellen, Aus-

messen und Auswiegen von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen erlassen.

(2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden.

Art. 15

Reinlichkeit in Betrieben

(1) Zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit können, soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften bestehen, die kreisfreien Gemeinden, die Landkreise, die Bezirke und das Staatsministerium des Innern Verordnungen über die Reinlichkeit in gewerblichen Betrieben erlassen. Die Vorschriften über den Arbeitsschutz bleiben unberührt.

(2) Absatz 1 gilt auch für nichtgewerbliche Betriebe, in denen Lebensmittel hergestellt, verarbeitet oder abgegeben werden.

(3) Die Inhaber von Betrieben im Sinne der Absätze 1 und 2 haben den Beauftragten der kreisfreien Gemeinden, der Landratsämter, der Gesundheitsämter, der Regierungen und des Staatsministeriums des Innern und den von diesen zugezogenen Sachverständigen die Betriebe zugänglich zu machen, Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen, verschlossene Behälter zu öffnen, Untersuchungen und gegen angemessene Entschädigung die Entnahme von Proben zu gestatten, ferner Arbeitskräfte und Hilfsmittel bereitzustellen, wenn das erforderlich ist, um den Vollzug der nach den Absätzen 1 und 2 erlassenen Verordnungen zu überwachen. Der zur Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

(4) Wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer auf Grund der Absätze 1 oder 2 erlassenen Verordnung,
  2. einer Pflicht nach Absatz 3
- zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden, wenn die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.

Art. 16

Schädliche Tiere und Pflanzen

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Gesundheit oder Eigentum kann das Staatsministerium des Innern, soweit nicht bundesrechtliche oder besondere landesrechtliche Vorschriften bestehen, Verordnungen über die Bekämpfung schädlicher Tiere und Pflanzen erlassen. In den Verordnungen kann den Eigentümern von Grundstücken, den Nutzungsberechtigten, den von ihnen bestellten Vertretern und den zur Unterhaltung von Dämmen, Ufern oder Wegen Verpflichteten vorgeschrieben werden

1. auf Anordnung der Gemeinde oder des Landratsamtes bestimmte Arten schädlicher Tiere oder Pflanzen auf eigene Kosten zu bekämpfen,
2. welche Mittel und Verfahren dabei anzuwenden sind, insbesondere, ob die Mittel staatlich geprüft sein müssen,
3. welche Mitwirkungs- und Duldungspflichten — ausgenommen die Bereitstellung von Arbeitskräften — im Sinne des Art. 15 Abs. 3 ihnen obliegen,
4. es der Gemeinde oder dem Landratsamt anzuzeigen, wenn schädliche Tiere oder Pflanzen auf ihren Grundstücken auftreten.

(2) Zur Verhütung von Gefahren für das Eigentum und zum Schutze der öffentlichen Reinlichkeit können die Gemeinden Verordnungen über die Bekämpfung verwilderter Tauben erlassen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Mit Geldbuße bis zu fünftausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

einer Verordnung nach den Absätzen 1 oder 2 zuwiderhandelt.

Art. 17

Bienenbelegstellen

(1) Die Landesanstalt für Bienenzucht kann Bienenzuchtstätten, welche die Gewähr für die Zucht leistungsfähiger Bienen bieten, als Bienenbelegstellen anerkennen, sofern im Umkreis von vier Kilometern um die Bienenzuchtstätte weitere Bienen nicht gehalten werden.

(2) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kann durch Verordnung die näheren Voraussetzungen und das Verfahren für die Anerkennung regeln.

(3) Wer im Umkreis von vier Kilometern um eine Bienenbelegstelle Bienen hält, kann mit Geldbuße belegt werden.

Art. 18

Halten von Hunden

(1) Zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit, das Eigentum oder die öffentliche Reinlichkeit können die Gemeinden Verordnungen über das freie Umherlaufen von Hunden in öffentlichen Anlagen erlassen; sie können ferner durch Verordnung vorschreiben, daß auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen frei umherlaufende Hunde größerer Gattung einen Maulkorb tragen müssen.

(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung zuwiderhandelt oder
2. einen Hund in eine Kirche mitnimmt oder in einem Friedhof frei laufen läßt.

(3) Die Gemeinden können über Hunde, die in Friedhöfen oder entgegen einer Verordnung nach Absatz 1 in öffentlichen Anlagen oder ohne Maulkorb frei umherlaufen, verfügen, wenn der Eigentümer oder ein anderer Berechtigter nicht binnen einer öffentlich bekanntgemachten Frist von zwei Wochen festgestellt worden ist. Ein Erlös ist an den Berechtigten hinauszugeben. Ist seit dem Ablauf der öffentlich bekanntgemachten Frist ein Jahr verstrichen, ohne daß sich ein Berechtigter gemeldet hat, so fällt der Erlös an die Gemeinde.

2. Abschnitt

Vergnügungen

Art. 19

Veranstaltung von Vergnügungen

(1) Wer eine öffentliche Vergnügung veranstalten will, hat das der Gemeinde unter Angabe der Art, des Orts und der Zeit der Veranstaltung und der Zahl der zuzulassenden Teilnehmer spätestens eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen. Für regelmäßig wiederkehrende, gleichartige öffentliche Vergnügungen genügt eine einmalige Anzeige.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Vergnügungen, die vorwiegend religiösen, künstlerischen, kulturellen, wissenschaftlichen, belehrenden oder erzieherischen Zwecken oder der Wirtschaftswerbung dienen, sofern die Vergnügungen in Räumen stattfinden, die für Veranstaltungen der beabsichtigten Art bestimmt sind.

(3) Die Veranstaltung öffentlicher Vergnügungen bedarf der Erlaubnis, wenn die nach Absatz 1 erforderliche Anzeige nicht fristgemäß erstattet wird oder wenn es sich um eine motorsportliche Veranstaltung oder um eine Veranstaltung mit fliegenden Bauten handelt, oder wenn die Teilnahme von mehr als ein tausend Besuchern zur gleichen Zeit an der Vergnügung vorgesehen oder zu erwarten ist (Großveranstaltung). Zuständig sind die Gemeinden, für motorsportliche Veranstaltungen und Großveranstaltungen die kreisfreien Gemeinden und Landratsämter.

(4) Die Erlaubnis nach Absatz 3 ist mit Auflagen zu verbinden, wenn das zur Verhütung von Gefahren

für Leben, Gesundheit oder Sachgüter oder zum Schutz vor erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft oder vor erheblichen Beeinträchtigungen der Natur oder Landschaft erforderlich erscheint. Reichen Auflagen nicht aus oder stehen andere öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegen, so ist die Erlaubnis zu versagen. Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, daß Versagungsgründe bei der Erteilung vorlagen. Sie ist zu widerrufen, wenn nachträglich Tatsachen eintreten, die die Versagung gerechtfertigt hätten.

(5) Die Gemeinden, für motorsportliche Veranstaltungen und Großveranstaltungen die kreisfreien Gemeinden und Landratsämter, können zum Schutz der in Absatz 4 Satz 1 bezeichneten Rechtsgüter Anordnungen für den Einzelfall für die Veranstaltung öffentlicher Vergnügungen und sonstiger Vergnügungen treffen. Reichen Anordnungen nach Satz 1 nicht aus oder stehen andere öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegen, so kann die Veranstaltung untersagt werden.

(6) Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich nach dem Ort, an dem die Veranstaltung stattfindet oder beginnt. Ist neben der Erlaubnis oder Anzeige nach den Absätzen 1 oder 3 die Erlaubnis einer anderen Behörde erforderlich, so ist diese Behörde auch in den Fällen der Absätze 1 und 3 bis 5 an Stelle der Gemeinde zuständig.

(7) Die Gemeinden können durch Verordnung

1. die Veranstaltung von Vergnügungen bestimmter Art von der Anzeigepflicht nach Absatz 1 oder von der Erlaubnispflicht nach Absatz 3 ausnehmen, soweit die Gemeinden nach Absatz 3 Satz 2 zuständig sind und diese Pflichten zum Schutz der in Absatz 4 Satz 1 bezeichneten Rechtsgüter nicht erforderlich erscheinen,
2. zum Schutz der in Absatz 4 Satz 1 bezeichneten Rechtsgüter die Anzeigepflicht nach Absatz 1 auf die Veranstaltung bestimmter Arten öffentlicher Vergnügungen im Sinne des Absatzes 2 erstrecken und Anforderungen an die Veranstaltung öffentlicher oder sonstiger Vergnügungen stellen,
3. zum Schutz der in Absatz 4 Satz 1 bezeichneten Rechtsgüter eine Sperrzeit für die Veranstaltung öffentlicher Vergnügungen oder bestimmter Arten öffentlicher Vergnügungen festsetzen; in der Verordnung kann bestimmt werden, daß die Sperrzeit bei Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses oder besonderer örtlicher Verhältnisse für den Einzelfall verlängert, verkürzt oder aufgehoben werden kann.

Das Staatsministerium des Innern kann durch Rechtsverordnung gleiches für das gesamte Staatsgebiet bestimmen.

(8) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. eine öffentliche Vergnügung ohne die erforderliche Anzeige oder Erlaubnis veranstaltet,
2. als Veranstalter einer Vergnügung die mit der Erlaubnis verbundenen Auflagen nicht erfüllt oder einer vollziehbaren Anordnung nach Absatz 5 nicht Folge leistet oder
3. einer Verordnung nach Absatz 7 Nrn. 2 oder 3 zuwiderhandelt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 sind nicht anzuwenden, soweit bundesrechtliche oder besondere landesrechtliche Vorschriften bestehen.

3. Abschnitt

Weitere Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Art. 20

Störung von Amtshandlungen

Wer einen Beamten in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes trotz Abmahnung durch ungebührliches

Verhalten stört, kann mit Geldbuße belegt werden, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Ordnungsmitteln bedroht ist.

Art. 21

Unerlaubter Verkehr mit Verwahrten

- (1) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer unbefugt
  1. einem Verwahrten Sachen oder Nachrichten übermittelt oder sich von ihm übermitteln läßt,
  2. sich mit einem Verwahrten, der sich innerhalb einer Anstalt befindet, von außen durch Worte oder Zeichen verständigt.
- (2) Verwahrter im Sinne des Absatzes 1 ist, wer sich in behördlichem Gewahrsam befindet, ohne Gefangener im Sinne des § 115 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten zu sein.
- (3) Der Versuch der Ordnungswidrigkeit kann mit Geldbuße belegt werden.

Art. 22

Notzeichen

(1) Das Staatsministerium des Innern kann, soweit bundesrechtliche Vorschriften nicht bestehen, durch Verordnung vorschreiben, daß bestimmte Schallzeichen, die der Warnung vor Gefahren, dem Rufen von Hilfsdiensten oder anderen öffentlichen Zwecken dienen (öffentliche Schallzeichen), nur durch bestimmte Stellen für diese Zwecke gegeben werden dürfen.

(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer

1. entgegen einer nach Absatz 1 erlassenen Verordnung öffentliche Schallzeichen gibt,
2. öffentlich vernehmbar Schallzeichen gibt, die mit öffentlichen Schallzeichen verwechselt werden können,
3. ohne berechtigten Grund um Hilfe ruft oder ein anderes Notzeichen gibt.

Art. 23

Menschenansammlungen

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit, ungestörte Religionsausübung, Eigentum oder Besitz können die Gemeinden für Ansammlungen einer größeren Anzahl von Menschen, insbesondere bei religiösen Feiern, Volksfesten und Sportveranstaltungen, Verordnungen und Anordnungen für den Einzelfall erlassen. Dies gilt nicht für Versammlungen im Sinne des Versammlungsgesetzes; die Vorschriften des Straßenverkehrsrechts bleiben unberührt.

(2) Für Ansammlungen, die über das Gebiet einer Gemeinde hinausgehen, kann auch die gemeinsame höhere Behörde Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

(3) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer einer auf Grund der Absätze 1 oder 2 erlassenen Verordnung oder vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt.

Art. 24

Ski- und Skibobfahren, Rodeln

(1) Die Gemeinden können durch Verordnung ein Gelände außerhalb öffentlicher Wege und Plätze, das zum Skifahren, Skibobfahren oder Rodeln der Allgemeinheit zur Verfügung steht, zur Hauptabfahrt für solche Sportarten oder zum Hauptskiwanderweg erklären.

(2) Die Gemeinden können durch Anordnung für den Einzelfall den Sportbetrieb auf einer Hauptabfahrt oder auf einer sonstigen Skiabfahrt, Rodelbahn oder einem Skiwanderweg vorübergehend untersagen oder beschränken, wenn es zur Verhütung von Gefahren oder sonst aus wichtigen Gründen erforderlich ist. Sie können für den Einzelfall zulassen, daß Hauptabfahrten und Hauptskiwanderwege zur Zeit des Sportbetriebes zur Pistenpflege, zur Versorgung von Einrichtungen oder für land- und forstwirtschaftliche Zwecke

schaftliche Zwecke benützt werden, soweit dadurch keine Gefahren für die Sicherheit der Sporttreibenden entstehen.

(3) Das Staatsministerium des Innern kann durch Verordnung zur Verhütung von Gefahren für Leben oder Gesundheit oder zum Schutz vor erheblichen Nachteilen

1. das Verhalten beim Skifahren, Skibobfahren und Rodeln regeln,
2. bestimmen, wie
  - a) Hauptabfahrten und sonstige Skiabfahrten, Rodelbahnen und Skiwanderwege,
  - b) die Untersagung oder Beschränkung des Sportbetriebs auf solchem Gelände und
  - c) Fahrzeuge, die sich auf Abfahrten befinden, gekennzeichnet sein müssen.

(4) Die Kennzeichnung nach Absatz 3 Nr. 2 obliegt den Gemeinden, soweit es sich um Fahrzeuge handelt, dem Halter des Fahrzeugs. Die Gemeinden können ihre Kosten der Kennzeichnung von demjenigen erstattet verlangen, der die Kosten für die Instandhaltung des Sportgeländes trägt.

(5) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer auf einer Hauptabfahrt oder einem Hauptskiwanderweg, die in der vorgeschriebenen Weise gekennzeichnet sind,

1. sich zur Zeit des Sportbetriebs zu anderen Zwecken als der Ausübung der Sportart, für die die Abfahrt oder der Wanderweg bestimmt ist, ohne Erlaubnis nach Absatz 2 Satz 2 aufhält,
2. zur Zeit des Sportbetriebs ein Tier laufen läßt,
3. zur Zeit des Sportbetriebs mit einem Fahrzeug fährt, das nicht nach der auf Grund des Absatzes 3 Nr. 2 erlassenen Verordnung gekennzeichnet ist,
4. sonst ein Hindernis bereitet, ohne es der Gemeinde so rechtzeitig anzuzeigen, daß Gefahren für die Sicherheit der Skifahrer, Skibobfahrer oder Rodelfahrer verhütet werden können.

(6) Mit Geldbuße kann ferner belegt werden, wer als Skifahrer, Skibobfahrer oder Rodelfahrer

1. gegen eine auf Grund des Absatzes 2 Satz 1 erlassene vollziehbare Anordnung oder
2. gegen eine auf Grund des Absatzes 3 Nr. 1 erlassene Verordnung verstößt,
3. grob rücksichtslos Leib oder Leben eines anderen gefährdet oder
4. sich als Beteiligter an einem Unfall der Feststellung seiner Person oder der Art seiner Beteiligung entzieht.

Art. 25

Zelten, Aufstellen von Wohnwagen

(1) Zur Sicherung der Erholung in der freien Natur, zum Schutz der Natur und Landschaft, zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit, Eigentum oder Besitz, zum Schutz der Jagdausübung sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe können die Gemeinden, Landkreise und das Staatsministerium des Innern durch Verordnung das Verhalten beim Zelten sowie den Betrieb und die Benutzung von Zeltlagerplätzen regeln. Die Gemeinden und Landkreise können in der Verordnung die Errichtung von Zeltlagerplätzen auf bestimmte Grundstücke beschränken.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für den Erlaß von Verordnungen über das Aufstellen von Wohnwagen.

(3) Wer vorsätzlich oder fahrlässig einer auf Grund der Absätze 1 oder 2 erlassenen Verordnung zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden.

Art. 26

Betreten und Befahren von Grundstücken

- (1) Zur Verhütung erheblicher Gefahren für Leben

oder Gesundheit können die Gemeinden und die Landkreise durch Verordnung das Betreten und Befahren bewohnter oder unbewohnter Grundstücke oder bestimmter Gebiete auf die voraussichtliche Dauer der Gefahr verbieten; entsprechende Verbote können für das Weiden von Vieh erlassen werden. Für öffentliche Wege, Straßen und Plätze gelten jedoch die Vorschriften des Straßen- und des Straßenverkehrsrechts.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für den Erlaß von Anordnungen für den Einzelfall durch die Gemeinden und die Landratsämter.

(3) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung,
2. einer auf Grund des Absatzes 2 erlassenen vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt.

Art. 27

Baden; Betreten und Befahren von Eisflächen

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben oder Gesundheit können die Gemeinden durch Verordnung das Baden an bestimmten Orten sowie das Betreten und Befahren von Eisflächen verbieten.

(2) Zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit oder zur Verhütung von Gefahren für Leben oder Gesundheit können die Gemeinden und das Staatsministerium des Innern durch Verordnungen Vorschriften über das Verhalten beim öffentlichen Baden und über Sicherheitsvorkehrungen in Badeanstalten erlassen. In solchen Verordnungen kann auch bestimmt werden, daß der Badebetrieb in Badeanstalten durch geprüfte Schwimmstärkengehilfen, Schwimmmeister oder andere dafür ausgebildete Personen zu beaufsichtigen ist.

(3) Die Vorschriften des Bayerischen Wassergesetzes bleiben unberührt.

(4) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem durch Verordnung nach Absatz 1 angeordneten Verbot des Badens an bestimmten Orten oder des Betretens oder Befahrens von Eisflächen zuwiderhandelt,
2. einer Verordnung nach Absatz 2 über das Verhalten beim Baden zuwiderhandelt,
3. als Inhaber oder Verantwortlicher einer Badeanstalt entgegen einer Verordnung nach Absatz 2 nicht für die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen sorgt oder den Badebetrieb nicht genügend beaufsichtigt.

Art. 28

Öffentliche Anschläge

(1) Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes oder eines Natur-, Kunst- oder Kulturdenkmals können die Gemeinden durch Verordnung Anschläge, insbesondere Plakate und Darstellungen durch Bildwerfer in der Öffentlichkeit auf bestimmte Flächen beschränken. Das gilt nicht für Werbeanlagen im Sinne des Art. 12 der Bayerischen Bauordnung.

(2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden.

Art. 29

Fliegende Verkaufsanlagen

(1) Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes, eines Natur-, Kunst- oder Kulturdenkmals sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit können die Gemeinden durch Verordnung oder Anordnung für den Einzelfall das Aufstellen fliegender Verkaufsanlagen an bestimmten Orten außerhalb der öffentlichen Wege, Straßen und Plätze verbieten oder davon abhängig machen, daß Störungen durch geeig-

nete Vorkehrungen verhütet werden. Fliegende Verkaufsanlagen sind vorübergehend aufgestellte, dem Vertrieb von Waren dienende Stände oder ähnliche Verkaufsstellen. Art. 102 der Bayerischen Bauordnung bleibt unberührt.

(2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung oder vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden.

Art. 30

Haushaltsgeräte

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben oder Gesundheit können das Staatsministerium des Innern durch Verordnung und die Gemeinden und Landratsämter durch Anordnung für den Einzelfall bestimmen, daß Spielzeug, Haushalts-, Sport- und Bastelgeräte mit motorischem Antrieb sowie Einrichtungen, die zum Beleuchten, Be- und Entlüften, Beheizen oder Kühlen bestimmt sind, nur verwendet werden dürfen, wenn

1. sie den technischen Anforderungen nach dem Gesetz über technische Arbeitsmittel vom 24. Juni 1968 (BGBl I S. 717) in der jeweils geltenden Fassung entsprechen,
2. sie in bestimmter Art und Weise aufgestellt, angebracht oder gesichert werden,
3. an ihnen eine bestimmte Gebrauchsanweisung oder ein bestimmter Hinweis auf besondere, durch unsachgemäße Verwendung, Ergänzung, Instandhaltung oder Anwendung entstehende Gefahren angebracht ist.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, soweit bundesrechtliche oder besondere landesrechtliche Vorschriften, insbesondere des Arbeitsschutzrechts bestehen.

(3) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung oder vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt.

Art. 31

Gifte, Giftwaren, Arzneien

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben oder Gesundheit kann das Staatsministerium des Innern, soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften bestehen, Verordnungen erlassen über

1. die Erlaubnispflicht für das Zubereiten, Feilhalten, Verkaufen oder sonstige Überlassen von Giftwaren, insbesondere von Giften selbst;
2. das Aufbewahren und Befördern von Giftwaren;
3. die Erlaubnispflicht für das Zubereiten, Feilhalten, Verkaufen oder sonstige Überlassen von Arzneien sowie die Ausübung einer erteilten Erlaubnis zum Zubereiten oder Feilhalten von Arzneien.

(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer

1. ohne die erforderliche Erlaubnis Gift- oder Giftwaren zubereitet, feilhält, verkauft oder sonst an andere überläßt oder
2. einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung über das Aufbewahren oder Befördern von Giftwaren oder über die Ausübung der Erlaubnis zum Zubereiten oder Feilhalten von Arzneien zuwiderhandelt.

Art. 32

Hochgiftige Stoffe

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben oder Gesundheit kann das Staatsministerium des Innern durch Verordnung Giftwaren, die bestimmungsgemäß zur Bekämpfung schädlicher Tiere oder Pflanzen verwendet werden und durch deren Verwendung neben den daran Beteiligten auch andere Menschen oder Tiere in lebensbedrohender Weise gefährdet werden können, zu hochgiftigen Stoffen erklären und bestimmen, daß

1. hochgiftige Stoffe nur mit Erlaubnis angewendet werden dürfen oder ihre Anwendung vorher anzuzeigen ist,
2. hochgiftige Stoffe nur anwenden darf, wer eine bestimmte Ausbildung nachweist,
3. die Erlaubnis im Sinne der Nummer 1 mit Auflagen verbunden und auf Grund einer Anzeige im Sinne der Nummer 1 Anordnungen für den Einzelfall erlassen werden können,
4. hochgiftige Stoffe nur unter bestimmten Schutzvorkehrungen angewendet werden dürfen,
5. das Anwenden hochgiftiger Stoffe zu überwachen ist.

(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer eine auf Grund des Absatzes 1 Nrn. 1 bis 4 erlassenen Verordnung oder einer vollziehbaren Anordnung oder Auflage, die auf einer solchen Verordnung beruht, zuwiderhandelt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit bundesrechtliche Vorschriften bestehen.

Art. 33

Überwachung

(1) Wer eine der in Art. 31 Abs. 1 oder Art. 32 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 genannten Tätigkeiten ausübt, hat die in Art. 15 Abs. 3 Satz 1 genannten Pflichten. Eine Pflicht, Herstellungsbeschreibungen für Giftwaren zu offenbaren, besteht nicht. Art. 15 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Wer einer Pflicht nach Absatz 1 zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden.

Art. 34

Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen und Zündmitteln

(1) Wer explosionsgefährliche Stoffe oder Zündmittel im Sinne des Gesetzes über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz) vom 25. August 1969 (BGBl I S. 1358) in der jeweils geltenden Fassung herstellen, bearbeiten, verarbeiten, wiedergewinnen, aufbewahren, verwenden, vernichten oder erwerben will, bedarf der Erlaubnis der kreisfreien Gemeinde oder des Landratsamts, in deren Bereich er mit den explosionsgefährlichen Stoffen oder Zündmitteln umgehen will. Die Erlaubnis kann widerruflich auf die Dauer von höchstens fünf Jahren auch Vereinigungen erteilt werden, bei denen es Brauch ist, aus besonderem Anlaß zu schießen, wenn gewährleistet ist, daß die erforderliche Sorgfalt beachtet wird. Den explosionsgefährlichen Stoffen stehen explosionsfähige Stoffe gleich, auf die auf Grund einer Verordnung nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 des Sprengstoffgesetzes das Sprengstoffgesetz ganz oder teilweise anzuwenden ist. Einer Erlaubnis nach Satz 1 steht eine in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland erteilte Erlaubnis im Sinne des Satzes 1 gleich.

(2) Die Erlaubnis ist zu befristen. Sie kann zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter oder von erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit oder Nachbarschaft auch nachträglich inhaltlich beschränkt oder mit Auflagen verbunden werden. Solche Auflagen können auch eine angemessene Haftpflichtversicherung des Antragstellers vorsehen.

(3) Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn

1. der Antragsteller das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
2. Umstände darauf schließen lassen, daß der Antragsteller die erforderliche Zuverlässigkeit, Sachkunde oder körperliche Eignung nicht besitzt,
3. ein besonderes Bedürfnis nicht nachgewiesen ist,
4. inhaltliche Beschränkungen oder Auflagen zum Schutz der in Absatz 2 Satz 2 bezeichneten Rechtsgüter nicht ausreichen oder

5. die explosionsgefährlichen Stoffe nicht auf Grund des Sprengstoffgesetzes zugelassen sind.

(4) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, daß Versagungsgründe bei der Erteilung vorlagen. Sie ist zu widerrufen, wenn nachträglich Tatsachen eintreten, die die Versagung rechtfertigen würden.

(5) Explosionsgefährliche Stoffe oder Zündmittel dürfen nur jemandem überlassen werden, der eine Erlaubnis nach Absatz 1 oder nach anderen Rechtsvorschriften für den Erwerb besitzt, soweit diese Erlaubnis reicht. Wer einem anderen explosionsgefährliche Stoffe überläßt, hat die Art und Menge der überlassenen Gegenstände, den Tag des Überlassens und seinen Namen samt Anschrift unverzüglich dauerhaft auf dem Erlaubnisschein zu vermerken.

(6) Das Staatsministerium des Innern kann durch Verordnung

- bestimmen, daß die Absätze 1 bis 3 unter bestimmten Voraussetzungen oder auf bestimmte explosionsgefährliche Stoffe oder Zündmittel ganz oder teilweise nicht anzuwenden sind, soweit der Schutz der in Absatz 2 Satz 2 bezeichneten Rechtsgüter die Anwendung dieser Vorschriften nicht erfordert,
- zum Schutz der in Absatz 2 Satz 2 bezeichneten Rechtsgüter die fachlichen Anforderungen für den Nachweis der Sachkunde (Absatz 3 Nr. 2), ferner das Prüfungsverfahren hierfür und das Erlaubnisverfahren regeln.

(7) Nach § 30 Abs. 2 Nr. 5, Abs. 3 und 4 des Sprengstoffgesetzes wird

- mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer ohne die nach Absatz 1 erforderliche Erlaubnis oder entgegen Absatz 5 Satz 1 explosionsgefährliche Stoffe oder Zündmittel herstellt, bearbeitet, verarbeitet, wiedergewinnt, aufbewahrt, verwendet, vernichtet, erwirbt oder anderen überläßt,
- mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer wissentlich durch eine in Nummer 1 bezeichnete Handlung Leib oder Leben eines anderen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet,
- mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer eine in Nummer 1 bezeichnete Handlung fahrlässig begeht.

(8) Nach § 32 Abs. 1 Nr. 14, Abs. 2 des Sprengstoffgesetzes kann mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- Auflagen nach Absatz 2 Satz 2 nicht erfüllt,
- einen nach Absatz 5 Satz 2 erforderlichen Vermerk nicht vorschriftsmäßig anbringt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 sind nicht anzuwenden

- in den Fällen des § 1 Abs. 1 bis 3 des Sprengstoffgesetzes,
- auf Munition und andere Gegenstände, die ihr nach waffenrechtlichen Vorschriften gleichstehen,
- auf pyrotechnische Gegenstände.

Art. 35

Umgang und Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen

(1) Wer pyrotechnische Gegenstände im Sinne des Sprengstoffgesetzes herstellen, bearbeiten oder verarbeiten will, bedarf der Erlaubnis der kreisfreien Gemeinde oder des Landratsamtes. Art. 34 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 bis 4 und Abs. 6 ist entsprechend anzuwenden.

(2) Pyrotechnische Gegenstände der Klasse II darf nur erwerben, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

(3) Pyrotechnische Gegenstände der Klassen III, IV und T darf erwerben, wer eine Erlaubnis nach Art. 36

besitzt, die sich auf Gegenstände dieser Art und Menge bezieht. Art. 34 Abs. 1 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Wer pyrotechnische Gegenstände der Klassen III, IV oder T erwerben will, ohne eine Erlaubnis nach Art. 36 zu besitzen, die sich auf Gegenstände dieser Art und Menge bezieht, bedarf der Erlaubnis der kreisfreien Gemeinde oder des Landratsamtes, in deren Bereich er wohnt oder sich nicht nur vorübergehend aufhält. Art. 34 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 bis 4 und Abs. 6 ist entsprechend anzuwenden.

(5) Pyrotechnische Gegenstände der Klassen II bis IV und T dürfen nur jemandem überlassen werden, der nach den Absätzen 2 bis 4 oder nach anderen Rechtsvorschriften zum Erwerb berechtigt ist. Wer einem anderen pyrotechnische Gegenstände der Klassen III, IV oder T überläßt, hat einen Vermerk nach Art. 34 Abs. 5 Satz 2 unverzüglich dauerhaft auf dem Erlaubnisschein anzubringen, sofern er nicht eine Zweitschrift des Erlaubnisscheines erhält.

(6) Nach § 32 Abs. 1 Nr. 14, Abs. 2 des Sprengstoffgesetzes kann mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- pyrotechnische Gegenstände ohne die nach Absatz 1 Satz 1, Absatz 3 oder Absatz 4 Satz 1 erforderliche Erlaubnis herstellt, bearbeitet, verarbeitet oder erwirbt,
- Auflagen nach Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 nicht erfüllt,
- entgegen Absatz 5 Satz 1 pyrotechnische Gegenstände einem anderen überläßt oder
- einen nach Absatz 5 Satz 2 erforderlichen Vermerk nicht vorschriftsmäßig anbringt.

(7) Die Absätze 1 bis 6 sind nicht anzuwenden

- in den Fällen des § 1 Abs. 1 bis 3 des Sprengstoffgesetzes,
- auf Munition und andere Gegenstände, die ihr nach waffenrechtlichen Vorschriften gleichstehen.

Art. 36

Verwenden pyrotechnischer Gegenstände

(1) Wer pyrotechnische Gegenstände im Sinne des Sprengstoffgesetzes und der darauf beruhenden Rechtsvorschriften verwenden will, bedarf der Erlaubnis der Gemeinde, in deren Bereich er tätig werden will. Art. 34 Abs. 2 bis 4 und Abs. 6 sind entsprechend anzuwenden.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf die bestimmungsmäßige Verwendung zugelassener pyrotechnischer Gegenstände

- in den Fällen des § 1 Abs. 1 bis 3 des Sprengstoffgesetzes,
- der Klasse I,
- der Klasse II in der Silvesternacht durch Personen, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
- in hilfloser Lage zum Herbeiholen von Hilfe,
- in Ausübung hoheitlicher Tätigkeit.

(3) Mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark kann gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 14, Abs. 2 des Sprengstoffgesetzes belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- ohne die nach Absatz 1 erforderliche Erlaubnis pyrotechnische Gegenstände verwendet,
- die mit der Erlaubnis verbundenen Auflagen nicht erfüllt.

Art. 37

Halten gefährlicher Tiere

(1) Wer ein gefährliches Tier einer wildlebenden Art halten will, bedarf der Erlaubnis der Gemeinde, in deren Bereich das Tier gehalten werden soll.

(2) Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Antragsteller ein berechtigtes Interesse nachweist

und gegen seine Zuverlässigkeit keine Bedenken bestehen. Die Erlaubnis kann mit Auflagen verbunden werden, soweit dies zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz geboten erscheint. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn Auflagen nicht ausreichen; Versagungsgründe, die sich aus anderen Vorschriften ergeben, bleiben unberührt.

(3) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 1 entfallen oder Versagungsgründe im Sinne des Absatzes 2 Satz 3 eintreten oder bekanntwerden.

(4) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. ein gefährliches Tier einer wildlebenden Art ohne die erforderliche Erlaubnis hält oder
2. die mit der Erlaubnis verbundenen Auflagen nicht erfüllt.

Art. 38

Verhütung von Bränden

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz durch Brand kann, soweit nicht bundesrechtliche oder besondere landesrechtliche Vorschriften bestehen, das Staatsministerium des Innern Verordnungen erlassen über

1. die der Feuerbeschau unterliegenden Gebäude, Feuerungsanlagen und sonstige Anlagen und Gegenstände, von denen Brandgefahren ausgehen können, die Ausübung der Feuerbeschau und die Beseitigung der bei der Feuerbeschau festgestellten Mängel;
2. Lichtspielvorführungen und die Einrichtung von Lichtspieltheatern, insbesondere der Zuschauer- und Bildwerferräume, sowie die Ausbildungs- und Bedienungsvorschriften für Filmvorführer;
3. Theateraufführungen und sonstige Schaustellungen, die Einrichtung von Theatern und sonstigen Versammlungsstätten, insbesondere die Zuschauer- und Bühnenräume, ferner über die Ausbildung und Prüfung der technischen Bühnenvorstände;
4. die Errichtung, die Einrichtung und den Betrieb elektrischer Anlagen.

(2) In den Verordnungen nach Absatz 1 kann zugelassen werden, daß bestimmte Gemeinden abweichende Vorschriften erlassen.

(3) Zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz durch Brand können ferner, soweit nicht bundesrechtliche oder besondere landesrechtliche Vorschriften bestehen, die Gemeinden und das Staatsministerium des Innern Verordnungen erlassen über

1. die Verwendung von Feuer und offenem Licht in Gebäuden oder in der Nähe von Gebäuden oder brandgefährlichen Stoffen;
2. Herstellung, Abgabe, Lagerung und Verwendung von Brennstoffen und brandgefährlichen Stoffen;
3. Auflagen und Schutzmaßnahmen für die Errichtung, die Einrichtung und den Betrieb brandgefährlicher Anlagen, die nicht unter Absatz 1 fallen;
4. Blitzableiter, Feuerlöscheinrichtungen und andere Schutzmaßnahmen zur Verhütung oder Beseitigung feuergefährlicher Zustände sowie zur Bekämpfung von Bränden.

(4) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer einer auf Grund der Absätze 1 bis 3 erlassenen Verordnung oder einer vollziehbaren Anordnung, die auf Grund einer solchen Verordnung getroffen wurde, vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt.

(5) Die Eigentümer und Besitzer von Gebäuden, Anlagen und Gegenständen, auf die sich Verordnungen nach den Absätzen 1 bis 3 beziehen, haben gegenüber den Beauftragten der Gemeinden und Landratsämter die in Art. 15 Abs. 3 Satz 1 genannten Pflichten, wenn das zur Prüfung der Brandgefährlichkeit erforderlich ist. Art. 15 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) Wer den Pflichten nach Absatz 5 zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden.

4. Abschnitt

Schutz von Feld und Flur

Art. 39

Feld und Flur

(1) Feld und Flur im Sinne dieses Abschnittes sind

1. alle Grundstücke außerhalb eines Forstes, die der Gewinnung von Feldfrüchten, Gartenfrüchten, Bäumen, Sträuchern oder anderen Bodenerzeugnissen dienen, insbesondere Äcker, Wiesen, Weiden, Gärten, Obstanlagen, Baumschulen und Weinberge;
2. die Wege, Gräben und Böschungen, die mit den in Nummer 1 genannten Grundstücken räumlich zusammenhängen und ihrer Bewirtschaftung dienen;
3. die Ödflächen.

(2) Anpflanzungen in öffentlichen Anlagen und in Friedhöfen fallen nicht unter Absatz 1.

Art. 40

Weidefrevl

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig in Feld und Flur Vieh oder Hausgeflügel unbefugt auf fremden Grundstücken weidet, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.

Art. 41

Feldgefährdung

(1) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer das Eigentum anderer in Feld und Flur dadurch gefährdet, daß er

1. Vieh oder Hausgeflügel außerhalb genügend umschlossener Grundstücke ohne ausreichende Aufsicht oder ohne genügende Sicherung läßt,
2. Tauben, ausgenommen Brieftauben, zur Saat- oder Erntezeit nicht eingeschlossen hält,
3. vor beendeter Ernte über bestellte Grundstücke Vieh treibt,
4. fremde Grundstücke abgräbt oder abpflügt.

(2) Die Gemeinden und Landkreise können die Saat- und Erntezeit durch Verordnung näher bestimmen.

Vierter Teil

Verfahren beim Erlaß von Verordnungen

Art. 42

Verordnungen der Gemeinden, Landkreise und Bezirke

(1) Verordnungen, zu deren Erlaß die Gemeinden, die Landkreise oder die Bezirke durch dieses Gesetz oder durch andere Rechtsvorschriften ermächtigt sind, werden vom Gemeinderat, vom Kreistag, vom Bezirkstag erlassen. Soweit Verwaltungsgemeinschaften zuständig sind, erläßt die Gemeinschaftsverammlung die Verordnung. Der Erlaß solcher Verordnungen ist Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist.

(2) Ist der Erlaß einer Verordnung dringlich und duldet er keinen Aufschub bis zum Zusammentritt des nach Absatz 1 zuständigen Vertretungskörpers, so erläßt an dessen Stelle der erste Bürgermeister, der Gemeinschaftsvorsitzende, der Landrat oder der Bezirkstagspräsident die Verordnung (dringliche Verordnung). Hiervon ist dem Vertretungskörper in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.

Art. 43

Vollzug der Verordnungen

Soweit nicht durch Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist, werden

1. Verordnungen der Gemeinde durch die Gemeinde,
2. Verordnungen der Verwaltungsgemeinschaft durch die Verwaltungsgemeinschaft,
3. Verordnungen des Landkreises durch das Landratsamt als Staatsbehörde oder, wenn die Verordnung das bestimmt, durch die Gemeinden,
4. Verordnungen der Bezirke und Verordnungen der Staatsministerien oder der Staatsregierung durch die Landratsämter als Staatsbehörden und die kreisfreien Gemeinden oder, wenn die Verordnung das bestimmt, durch die Regierung oder die Gemeinden vollzogen.

Art. 44

Zuständigkeit verschiedener Behörden oder Stellen

(1) Sind verschiedene Behörden oder Stellen zum Erlaß von Verordnungen zuständig, so soll die höhere Behörde oder Stelle von ihrer Befugnis nur Gebrauch machen, wenn eine einheitliche Regelung für ihren Bereich oder einen Teilbereich erforderlich oder zweckmäßig ist. Sie kann insoweit in der Verordnung entgegenstehende oder gleichlautende Vorschriften der unteren Behörde oder Stelle außer Kraft setzen.

(2) Ist eine Verordnung für den örtlichen Bereich mehrerer ermächtigter Behörden oder Stellen der gleichen Verwaltungsebene erforderlich, so kann die gemeinsame höhere Behörde die Verordnung erlassen.

Art. 45

Rechtmäßigkeit und Angabe der Rechtsgrundlage

(1) Verordnungen dürfen dem geltenden Recht, insbesondere den Gesetzen sowie den Verordnungen einer höheren Behörde oder Stelle, nicht widersprechen.

(2) In jeder Verordnung soll ihre besondere Rechtsgrundlage angegeben werden.

Art. 46

Pflicht zum Erlaß von Verordnungen

(1) Erläßt eine Gemeinde, eine Verwaltungsgemeinschaft, ein Landkreis oder ein Bezirk eine Verordnung, zu der diese Gebietskörperschaft ermächtigt ist, nicht, obwohl es das Wohl der Allgemeinheit zwingend erfordert, so kann die Rechtsaufsichtsbehörde die Verordnung erlassen, wenn die Gebietskörperschaft der Aufforderung der Rechtsaufsichtsbehörde, die erforderliche Verordnung binnen angemessener Frist zu erlassen, nicht nachkommt.

(2) Eine nach Absatz 1 erlassene Verordnung kann nur von der Rechtsaufsichtsbehörde, die sie erlassen hat, oder mit deren Zustimmung aufgehoben werden.

Art. 47

Vorlage und Genehmigung

(1) Verordnungen, die bewehrt sind oder die mit rückwirkender Kraft erlassen werden, bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, sofern sie nicht von einer Regierung, von einem Staatsministerium oder von der Staatsregierung erlassen werden. Verordnungen der Bezirke im Sinne des Satzes 1 bedürfen der Genehmigung des fachlich zuständigen Staatsministeriums. Erläßt ein fachlich zuständiges Staatsministerium Verordnungsmuster, so ist eine Verordnung von der Genehmigungspflicht befreit, wenn sie keine oder nur solche Abweichungen enthält, die im Verordnungsmuster selbst vorgesehen sind, und nicht mit rückwirkender Kraft erlassen wird.

(2) Sonstige Verordnungen kreisangehöriger Gemeinden oder von Verwaltungsgemeinschaften sollen spätestens vier Wochen vor ihrem Inkrafttreten der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt werden.

Art. 48

Änderung und Aufhebung von Verordnungen

Die Vorschriften dieses Gesetzes über den Erlaß von Verordnungen gelten sinngemäß auch für die Änderung und — mit Ausnahme der Art. 47 Abs. 1 und Art. 50 Abs. 2 — für die Aufhebung solcher Verordnungen. Besteht im geltenden Recht keine Ermächtigung mehr für den Erlaß einer Verordnung, so kann die Stelle, die früher für den Erlaß der Verordnung zuständig war, die Verordnung aufheben. Besteht die Stelle nicht mehr und ist die Aufgabe auch nicht einer anderen Stelle übertragen worden, so kann das fachlich zuständige Staatsministerium die Verordnung aufheben oder die dafür zuständigen Stellen durch Rechtsverordnung bestimmen.

Art. 49

Allgemeine Aufsichtspflicht

(1) Die Rechtsaufsichtsbehörden haben auch bereits bekanntgemachte Verordnungen, die mit dem geltenden Recht, insbesondere mit Gesetzen oder mit Verordnungen einer höheren Behörde, im Widerspruch stehen, zu beanstanden und ihre Aufhebung oder Änderung zu verlangen. Das gleiche gilt, wenn die Verordnung nicht in der genehmigten Fassung bekanntgemacht worden ist.

(2) Kommt die Gemeinde, die Verwaltungsgemeinschaft, der Landkreis oder der Bezirk binnen einer von der Rechtsaufsichtsbehörde gesetzten angemessenen Frist dem Verlangen nicht nach, so hebt die Rechtsaufsichtsbehörde die beanstandete Verordnung auf.

Art. 50

Geltungsdauer

(1) Bewehrte Verordnungen treten eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. In der Verordnung kann ein anderer Zeitpunkt bestimmt werden, frühestens jedoch der auf die Bekanntmachung folgende Tag. Eine nach Art. 51 Abs. 3 bekanntgemachte Verordnung tritt, wenn in ihr nicht ein anderer Zeitpunkt bestimmt ist, mit der Notbekanntmachung in Kraft.

(2) Eine bewehrte Verordnung soll ihre Geltungsdauer festsetzen, jedoch in keinem Fall auf mehr als zwanzig Jahre. Setzt sie keine oder eine längere Geltungsdauer fest, so gilt sie zwanzig Jahre, sofern sie nicht aus einem anderen Grund vorher außer Kraft tritt. Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Berechnung von Fristen gelten entsprechend.

(3) Absatz 2 gilt nicht für Rechtsvorschriften, die auf Bundesrecht, dem Bayerischen Naturschutzgesetz oder dem Bayerischen Wassergesetz beruhen.

Art. 51

Amtliche Bekanntmachung

(1) Für die amtliche Bekanntmachung von Verordnungen der Gemeinden, Landkreise, Landratsämter, Bezirke und Regierungen gelten die Vorschriften über die Bekanntmachung kommunaler Satzungen entsprechend.

(2) Verordnungen der Staatsministerien und der Staatsregierung sind im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt amtlich bekanntzumachen.

(3) Lassen sich die Grenzen des Geltungsbereiches einer Verordnung nach den Absätzen 1 oder 2 oder die Grenzen des Bereiches, in dem einzelne ihrer Vorschriften gelten, nicht hinreichend deutlich und anschaulich beschreiben oder durch Abdruck eines genauen Planes festlegen, so genügt es, wenn die Verordnung die Grenzen des Bereiches grob umschreibt und im übrigen auf Pläne (Maßstab mindestens 1:25 000) Bezug nimmt. Die Pläne müssen von der in der Verordnung bezeichneten Behörde archivmäßig verwahrt werden und allgemein zugänglich sein.

(4) Ist es zur Verhütung erheblicher Gefahren für Leben, Gesundheit oder zum Schutz von Sachgütern erforderlich, eine Verordnung sofort bekanntzumachen und ist eine Bekanntmachung nach den Absätzen 1 oder 2 nicht rechtzeitig möglich, so kann die Verordnung im Rundfunk, im Fernsehfunk, durch Lautsprecher oder in ortsüblicher Art amtlich bekanntgemacht werden (Notbekanntmachung). Die Verordnung ist sodann unverzüglich nach den Absätzen 1 oder 2 zu veröffentlichen; hierbei ist auf Zeit und Art der Notbekanntmachung hinzuweisen.

Art. 52

Hinweis auf die Bekanntmachung

Die Gemeinden haben auf die Bekanntmachung ihrer Verordnungen und von Verordnungen des Landkreises oder Landratsamts, die im Gemeindegebiet gelten, in ortsüblicher Art hinzuweisen, sofern die Verordnungen nicht in einem Amtsblatt amtlich bekanntgemacht werden.

Art. 53

Mitteilungen

Verordnungen der Gemeinden, Landkreise und Landratsämter sind, wenn sie nicht in Amtsblättern amtlich bekanntgemacht werden, in amtlich beglaubigter Abschrift dem Amtsgericht, der Staatsanwaltschaft und der örtlichen Polizeidienststelle mitzuteilen, in deren Bezirk oder Dienstbereich die Verordnung gilt.

Fünfter Teil

Übergangs- und Schlußvorschriften

Art. 54

Zuständigkeit aus Ermächtigungen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes

(1) Ermächtigten Rechtsvorschriften, die vor dem 1. Januar 1957 erlassen worden sind, zu Vorschriften, deren Übertretung mit Strafe oder als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bedroht ist, so werden künftig erlassen

1. Ortsvorschriften, insbesondere ortspolizeiliche Vorschriften, durch die Gemeinden,
2. Kreisvorschriften, insbesondere distrikts-, bezirks- und kreispolizeiliche Vorschriften, durch die kreisfreien Gemeinden oder die Landkreise,
3. Bezirks-(Regierungs-)vorschriften durch die Bezirke,
4. oberpolizeiliche Vorschriften durch die fachlich zuständigen Staatsministerien oder mit Ermächtigung des fachlich zuständigen Staatsministeriums durch die Bezirke.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. für Vorschriften, die auf bundesrechtlicher Ermächtigung beruhen, sofern durch Bundesrecht andere Zuständigkeiten vorgesehen sind;
2. für Satzungen der Gemeinden, Landkreise und Bezirke;
3. für Anordnungen durch amtliche Verkehrszeichen. Sind durch Landesrecht andere Behörden oder Stellen als Gemeinden, Landkreise, Bezirke, Landratsämter, Regierungen oder Staatsministerien zu Vorschriften im Sinne des Absatzes 1 ermächtigt, so bleibt deren Zuständigkeit unberührt.

Art. 55

Vorbehalt des Bundesrechts

Die Art. 42 bis 54 dieses Gesetzes gelten für Rechtsvorschriften, die auf Bundesrecht beruhen, nur, soweit die bundesrechtliche Ermächtigung nichts anderes bestimmt.

Art. 56

Zuständigkeit für gemeindefreie Gebiete

(1) Für die im Kreisgebiet gelegenen gemeindefreien Gebiete können die Landkreise Verordnungen

in den gleichen Fällen erlassen, in denen die Gemeinden zum Erlaß von Gemeindeverordnungen ermächtigt sind.

(2) Soweit die Gemeinden zu einer Erlaubnis, zu Anordnungen für den Einzelfall oder zu sonstigen Maßnahmen ermächtigt oder verpflichtet sind, treten in gemeindefreien Gebieten die Landratsämter an die Stelle der Gemeinden. Das gilt sinngemäß für Anzeigen, die an die Gemeinde zu richten sind.

Art. 57

Ausführungsvorschriften

Das Staatsministerium des Innern erläßt die zur Ausführung des Vierten und Fünften Teils dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften.

Art. 58

Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes können die Grundrechte der Freiheit der Person, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums eingeschränkt werden (Art. 2 Abs. 2, Art. 13, 14 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 102, 103, 106 Abs. 3 der Verfassung des Freistaates Bayern). Art. 7 Abs. 4 bleibt unberührt.

Art. 59

Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 112 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten

Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 112 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist

1. der Direktor des Landtagsamts bei Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen des Bayerischen Landtags oder seines Präsidenten,
2. der Direktor des Senatsamts bei Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen des Bayerischen Senats oder seines Präsidenten.

Art. 60

Fortbestand alten Verordnungsrechts

(1) Die auf Grund des bisherigen Rechts erlassenen orts-, distrikts-, bezirks-, kreis- und oberpolizeilichen Vorschriften sowie die anderen auf gesetzlicher Ermächtigung beruhenden Vorschriften des Landesrechts, deren Übertretung mit Strafe oder als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bedroht ist, treten ohne Rücksicht auf ihre Bezeichnung zwanzig Jahre nach dem Tag ihres Inkrafttretens, frühestens jedoch am 31. Dezember 1960, außer Kraft, wenn sie nicht aus einem anderen Grund ihre Geltung vorher verlieren. Bis zu ihrem Außerkrafttreten gilt Art. 49.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. für Vorschriften, die auf einer fortgeltenden Ermächtigung des Bundesrechts beruhen;
2. für Satzungen der Gemeinden, Landkreise und Bezirke;
3. für Anordnungen durch amtliche Verkehrszeichen;
4. für Rechtsvorschriften, die auf dem Naturschutzgesetz beruhen.

Art. 61

Einstweilige Vorschriften über die Stilllegung und Beseitigung von Anlagen und Geräten

(1) Werden Anlagen oder Geräte unter Zuwiderhandlung gegen ein Gesetz, eine Verordnung oder eine Anordnung für den Einzelfall errichtet, aufgestellt, verändert, betrieben oder in einem ordnungswidrigen Zustand erhalten und verwirklicht die rechtswidrige Tat den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit, so können die kreisfreien Gemeinden und die Landratsämter die Vornahme notwendiger Sicherungs- oder Ausbesserungsarbeiten oder die Stilllegung anordnen. Sie können auch die teilweise oder gänzliche Beseitigung der Anlage oder des Geräts anordnen, wenn Gefahr im

Verzug oder ein dringendes öffentliches Interesse an einem sofortigen Vollzug besteht oder ein Straf- oder Bußgeldverfahren nicht durchgeführt werden kann. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so kann die Beseitigung der Anlage oder des Geräts nur angeordnet werden, wenn die Zuwiderhandlung rechtskräftig festgestellt ist. Im Fall einer Genehmigungspflicht für die Anlage oder das Gerät darf die Beseitigung nach den Sätzen 2 oder 3 nur angeordnet werden, wenn die nachträgliche Genehmigung nach den Vorschriften des geltenden Rechts nicht erteilt werden kann.

(2) Absatz 1 gilt nicht, soweit Rechtsvorschriften außerhalb dieses Gesetzes besondere Bestimmungen

über die Stilllegung und Beseitigung von Anlagen oder Geräten enthalten.

Art. 62*)

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1957 in Kraft.

---

*) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 17. November 1956 (BayBS I S. 327). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

16. Dez. 1974

Herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, 8 München 2, Prinzregentenstraße 7.

Druck: Süddeutscher Verlag GmbH, 8 München 2, Sendlinger Straße 80. Fortlaufender Bezug nur durch die Postanstalten. Erscheint vierteljährlich voraussichtlich sechsmal. Bezugspreis halbjährlich DM 9,—. Einzelnummer bis 8 Seiten DM 0,90, darüber DM 1,40 + Porto. Einzelnummern nur durch den Süddeutschen Verlag, 8 München 2, Postfach 20 22 20, Postscheck-Konto 636 11. Bei Bezug durch die Postanstalten ist im Bezugspreis keine Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) enthalten (§ 2 Abs. 3 UStG 1967).